

# Politische Berichte

*Bundestagswahlen*

S. 3

## **Der Hetzkampagne der Rechten entgegentreten!**



*Gemeinsame Erklärung deutscher und  
tschechischer Linker:*

## **Das „Münchener Abkommen“ von 1938 – eine Hypothek, die endlich getilgt werden muß**



S.6



**Aktuell aus Politik und Wirtschaft**

Aktuell in Bonn .....	2
Der Hetzkampagne der Rechten entgegentreten! .....	3
M.A.I.: Eine Karawane gegen den neoliberalen Wahnsinn .....	4
Weltweit unterwegs gegen Kinderarbeit .....	4
8. Mai: Brücken gegen Spaltung ..	5
Gemeinsame Erklärung deutscher und tschechischer Linker zum „Münchener Abkommen“ .....	6
Bundestreffen der Cuba-Solidarität .....	7

**Auslandsberichterstattung**

Die baskischen Parteien und Gewerkschaften rücken näher zusammen .....	8
Argentische Militärs vor deutschen Gerichten? .....	9
Dänemark: Gesetz stoppt Streik ..	10
Meldungen .....	11

**Regionales West und Ost**

Lokaler Widerstand .....	12
Augsburg: Agenda 21 sollte eigentlich den Dialog fördern ..	13
Kein Mensch ist illegal: Projekt „Rasthaus Freiburg“ .....	14
Frankfurt: Kommerzielle Flucht-hilfe aus der Tabuisierung holen ..	15
Kommunale Politik .....	15

**Aus Betrieben und Gewerkschaften**

Was war? .....	16
Feiertagsarbeit für Bankangestellte wird Gesetz .....	17
BASF: Supergewinne .....	18
Süddeutscher Verlag: Gelbe Karte für Unternehmensleitung .....	18
Einzelhandel: Unternehmer für Niedriglohngruppe .....	19
Unikliniken zur Tarifgemeinschaft der Länder! .....	19
Verstöße gegen Arbeitszeitgesetz an Krankenhäusern .....	19
Daimler-Chrysler: „Megafusion“ und Triaden-Krieg .....	20

**Diskussion und Dokumentation**

Lehren aus der Geschichte der UdSSR .....	22
In und bei der PDS .....	25

**Letzte Seiten**

Zwei Buchbesprechung: 1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte ..	26
Chirurgen im Partisanenlazarett	27

Termine .....	28
---------------	----

**AUSLÄNDERWAHLRECHT:** Auch künftig wird es kein Wahlrecht für Ausländer auf Bundesebene geben. Dies hat der Innenausschuß des Bundestages mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und FDP beschlossen. Damit wandte sich der Ausschuß gegen die Forderung der PDS, Migranten an den Bundestagswahlen zu beteiligen, die seit mindestens fünf Jahren in der BRD leben. Ebenfalls keine Mehrheit fand die Initiative der PDS, das Wahlalter von 18 auf 16 Jahre zu senken und die 5 % Klausel abzuschaffen. Nach Auffassung der CDU/CSU dürfen laut Grundgesetz nur Deutsche wählen. Dabei beruft sich die Fraktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Daraus gehe ausdrücklich hervor, im Artikel 20 des Grundgesetzes „Alle Macht geht vom Volke aus“ sei mit dem Begriff „Volk“ eindeutig die Gemeinschaft der deutschen Staatsangehörigen einschließlich der Vertriebene mit deutscher Volkszugehörigkeit gemeint. Die FDP wies im Unterschied zur CDU/CSU darauf hin, für sie stehe im Grundgesetz nur, die Macht gehe vom Volke aus – und das ohne jeden Zusatz. Allerdings gebe es im Grundgesetz einige Rechte, die traditionell nur Deutschen zustehen. Zu diesen Grundrechte gehöre auch das Wahlrecht. Daher sollten zumindest zum jetzigen Zeitpunkt Wahlrecht und Staatsangehörigkeit zusammengehören. In Zukunft könne über eine Veränderung nachgedacht werden. Die Bündnisgrünen sind dafür, das Wahlrecht auf den Prüfstand zu stellen. Doch der jetzige Zeitpunkt vor den Bundestagswahlen sei absolut falsch. Zum jetzigen Zeitpunkt solle das Ausländerwahlrecht auf die kommunale Ebene begrenzt bleiben, da ein Wahlrecht für Ausländer auf Bundesebene nicht ganz unproblematisch sei.

**BUNDESWEHRESPRECHEN:** „Ich verspreche, meinem Land treu zu dienen, das Grundgesetz und die Freiheit zu achten und zu verteidigen. Nie wieder sollen Krieg und Völkermord von Deutschland ausgehen.“ Nach Auffassung der PDS Gruppe im Bundestag soll dieses Versprechen sowohl für Berufs- und Zeitsoldaten als auch für Wehrpflichtige in der Bundeswehr Schwur und Gelöbnis ersetzen. Die PDS hat dazu einen Entwurf zur Änderung des Soldatengesetzes vorgelegt. Sie begründet ihre Initiative damit, Gelöbnisformel und Soldateneid in der derzeit gültigen Fassung entsprächen nicht mehr den Gegebenheiten einer „modernen, an größtmöglicher Zivilität“ orientierten Armee in einer demokratischen, pluralen Gesellschaft. Zugleich hätten Entwicklungen der jüngsten Zeit darauf aufmerksam gemacht, daß die Lehren aus der deutschen Vergangenheit in den Streitkräften noch klarer verankert werden müßten.

**GUERNIKA:** Bundestag übernimmt PDS-Antrag gegen Legion Condor. PDS und Grüne haben erstmals parlamenta-

rische Mehrheit. Auf Antrag der PDS hat der Bundestag beschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, „dafür Sorge zu tragen, daß Mitgliedern der Legion Condor nicht weiter ehrendes Gedenken z.B. in Form von Kasernenbenennungen der Bundeswehr zuteil wird. Bereits erfolgte Kasernenbenennungen nach Mitgliedern der Legion Condor sind auf zu heben.“

Dem PDS-Antrag stimmten die Grünen zu, die SPD enthielt sich, CDU/CSU und FDP stimmten dagegen. Da die Koalition nur noch mit vier Abgeordneten im Plenum war, erreichten PDS und Grüne so das erste Mal in der Geschichte des Bundestages die parlamentarische Mehrheit. Der PDS-Antrag lag dem Bundestag als Ergänzungsantrag zu einer Beschlussempfehlung des Innenausschusses vor, in der der Bundestag sich die Entschuldigung und Versöhnungsbitte von Bundespräsident Herzog gegenüber der Bevölkerung der Stadt Guernika wegen der Bombardierung durch die deutsche Legion Condor zu eigen macht. In den Beratungen des Innenausschusses hatten sich die Koalitionsfraktionen zuvor mit SPD und Bündnisgrünen darauf verständigt, die zitierte Aufforderung zu den Kasernenbenennungen nicht mit in den Beschuß zu übernehmen. Das ist nun durch den PDS-Antrag und die in diesem Fall dankenswerte Sitzungsfaultigkeit der Koalitionsabgeordneten im Plenum korrigiert worden.

**VERTRIEBENENFÖRDERUNG:** Die Bundesregierung stellt sich mal wieder dumm. Auf eine Kleine Anfrage der PDS bezüglich des Bundes freier Bürger antwortet sie, daß keine verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse vorliegen.

Auch eine institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen soll nach Angaben der Regierung weder eingestellt noch eingeschränkt werden. Dabei sei die Förderungswürdigkeit des Bundes der Vertriebenen nicht davon abhängig, ob eines seiner Vorstandsmitglieder, wie im Fall des Vizepräsidenten Dr. Paul Latussek, auch in einer anderen Organisation oder Partei ein Amt inne habe. Vielmehr käme es, so die Regierung, auf die Bewertung der gesamten Arbeit des Verbandes an.

Die Wählergemeinschaft Deutscher Heimatvertriebener und Entrechter hatte 1997 in der rechtsextremistischen Publikation „Der Schlesier“ mehrere Male Anzeigen geschaltet. Auch über diese Organisation liegen keine verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse vor.

**WAS KOMMT DEMNÄCHST?** Am 15./16. Mai 1998 veranstaltet die PDS-Bundestagsgruppe und der Parteivorstand der PDS in Nürnberg die Konferenz: „Wider die Gewöhnung. Der rechte Zeitgeist und seine Abwehr“. Vom 17.–19. Mai ist der CDU-Bundestagswahlparteitag in Bremen. Am 18. Mai findet die WTO-Konferenz in Genf statt.

# Der Hetzkampagne der Rechten entgegentreten

Nach den dramatischen Stimmgewinnen der DVU in Sachsen-Anhalt sorgen zwei neue Informationen für Aufregung: Erstens: Schönhuber wird mit dem alten Konkurrenten Dr. Frey für die DVU 1999 zu den Europa-Wahlen antreten. Zweitens: Der rechte Börsianer Bolko Hoffmann gründete in Düsseldorf eine Partei „Initiative Pro D-Mark“ und will mit 20 Millionen DM eine großangelegte Pressekampagne starten.

Die neofaschistische Zeitung „Junge Freiheit“ geht davon aus, daß die rechten kandidierenden Parteien insgesamt 50 Millionen DM<sup>(1)</sup> in die Öffentlichkeitsarbeit stecken werden. Ob die Zahlen im einzelnen stimmen, sei dahingestellt, trotzdem muß die Linke mit einer riesigen Propagandaschlacht der rechten rechnen, zumal die CDU/CSU nach den Sachsen-Anhalt-Wahlen angekündigt hat, stärker neofaschistische Themen aufzugreifen. Welche Rechtsaußenparteien werden aber überhaupt antreten:

Der Bund freier Bürger (BfB): Eine neues Sammelbecken von Nationalliberalen wie Brunner, Kappel und Rechten Vertriebenenfunktionären wie Lattussek.

Die Republikaner (REP): Diesmal ohne Schönhuber und mit dem neuen Vorsitzenden Schlierer. Die REPs haben die größte Basis in Baden-Württemberg und Bayern. In Bayern treten sie zu den Landtagswahlen am 13. September an und haben Chancen, mit 5% in den Landtag zu kommen.

Die Deutsche Volksunion (DVU): Sie wird auf jeden Fall zu den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern kandidieren, die zeitgleich mit den Bundestagswahlen stattfinden. Dr. Frey setzt wieder auf seine Taktik von Postwurfsendungen für Erstwähler und breit angelegte Hetzplakierung in einem relativ kleinen Bundesland. – Eine Entscheidung über die Bundestagswahlen hat die DVU noch nicht getroffen.

Die NPD: Verhandelt mit Dr. Frey über eine Zusammenarbeit. Sollte die DVU nicht kandidieren, ist eine NPD-Kandidatur nicht auszuschließen.

Die „Initiative Pro D-Mark“: Sie präsentiert sich als „neue liberale Partei“ mit dem Slogan: „Der Euro kommt nicht!“.

Neuesten Umfragen zufolge<sup>(2)</sup> liegt das rechte, neofaschistische Wählerpotential bei 9% im Westen, 12% im Osten. Das ist sehr viel. Bei den zahlreichen rechten Kandidaturen müßten sich dann aber alle rechten Parteien auf eine gemeinsame Kandidatur verständigen, was sehr unwahrscheinlich ist, oder eine der Parteien müßte viele Stimmen auf sich vereinigen, um über die 5-Prozent-Hürde zu kommen. Ein Bündnis von Dr. Frey und Franz Schönhuber, das sich gerade formiert, plus eine weitere Organisation wäre für das rechte Lager wahrscheinlich am vielversprechendsten. Schönhuber erklärte: „Ich habe Herrn Dr. Frey geraten, alle Kräfte auf die kommenden Bundestagswahlen sowie die Wahl in Mecklenburg-Vorpommern und die Europawahlen zu konzentrieren.“<sup>(3)</sup> Ein solcher Schritt scheint aber unwahrscheinlich, zwar hat Dr. Frey ein Vermögen von 500 Millionen DM<sup>(4)</sup>, aber eine riesige Medienkampagne wie er sie in Hamburg oder Sachsen-Anhalt durchorganisiert hat, ist flächendeckend in der Bundesrepublik nicht finanziert und hätte schon lange vorbereitet werden müssen. Dazu kommt, daß Dr. Frey, aber auch Schönhuber, viele Kontakte und Beziehungen im Lager der CDU/CSU haben. Das kann man z.B. daran sehen, daß Dr. Frey in Bayern noch nie zu den Landtagswahlen angetreten ist und das diesmal auch nicht tun wird. Die beiden schweren rechten Herren wollen nicht diejenigen sein, die Kohl den Garaus gemacht haben. Vielleicht meinen Sie auch, daß für eine neue rechte Formierung, die CDU/CSU auf Bundesebene erst einmal in der Opposition sein muß, bevor aus diesen Kreisen Kräfte gewonnen werden können. Ihnen geht es auch nicht um einen Achtungserfolg mit 2 bis 3 Prozent, sie wollen sich als führende rechte Partei durchsetzen und bei Wahlen über die 5%-Hürde kommen. Deshalb rechnen sie sich

Chancen in Mecklenburg-Vorpommern und bei den Europa-Wahlen 1999 aus. Genaueres wird sich aber in den nächsten Wochen zeigen.

Der Formierungsprozeß der Rechten ist also in vollem Gange, und neben dem Thema „Rettet die D-Mark“, „Der Euro kommt nicht“, „Ausländer raus“, „Kriminalität hart bekämpfen“ werden die Rechten versuchen, sozialpolitische Themen nationalistisch zu wenden, ähnlich wie dies die DVU gemacht hat mit „Arbeitsplätze für Deutsche“. Schade ist, daß der DGB in seiner sozialpolitischen Kampagne gegen diese Hetze nicht viel beizutragen hat. Der Widerstand gegen die Rechtsentwicklung muß auf breite Schultern gelegt werden, sonst ist die rechte Formierung nicht zu stoppen. Gewerkschaftliche Funktionärsträgerinnen und -träger sind hier gefordert.

Innenminister Kanther und die Innenministerkonferenz haben erklärt, daß sie die DVU nicht verbieten wollen. Sicher wäre so etwas auch ein schwieriges Unterfangen. Daß die Rechten verfassungsrechtliche Grundsätze untergraben, sollte aber nicht nur auf der Enthüllungsebene behandelt werden. Die DVU schuldet ihrem Vorsitzenden Dr. Frey 8 Mio. DM<sup>(4)</sup> und der Börsianer Bolko Hoffmann hat mit 102 Mitgliedern die Pro-D-Mark Partei gegründet, wurde dessen Bundesvorsitzender und soll mit 20 Mio DM den Wahlkampf finanzieren.<sup>(5)</sup> Diese zwei Parteien, werden also nach dem Führer- bzw. Diktator-Prinzip geführt. „Parteien sind Vereinigungen von Bürgern“,<sup>(6)</sup> sagt aber das Gesetz und das Urteil von Nürnberg hat die „Führerpartei“ unter Strafe gestellt. Zumaldest wäre dies ein Ansatzpunkt, die Finanzierung einer Partei durch eine Person zu unterbinden, in Italien hatte dies Berlusconi ja in noch viel größerem Umfang getan. Eine schnelle Entscheidung wäre dringend angebracht.

jöd

1) Junge Freiheit, Nr. 19/98, S. 2; 2) Emnit, nach Kölner Stadt-Anzeiger vom 9.5.98; 3) Nationalzeitung, Nr. 20/98 vom 8. Mai; 4) Der Spiegel, Nr. 19/98, S. 31; 5) Junge Freiheit, Nr. 19/98; 6) S. 6, Parteiengesetz § 2



Die Karawane wandert. Unter dem Motto „Geld oder Leben“ wandert die Karawane gegen das multilaterale Investitionsabkommen MAI nach Genf, wo sich die Welt-handelsorganisation WTO über die Möglichkeiten weiterer Profitmaximierung zu beraten. Auf dem Bild sind die Aktionen der Karawane am 8. Mai 1998 in Freiburg zu sehen.



**M.A.I.: Abschluß um halbes Jahr vertagt**

## Eine Karawane gegen den neoliberalen Wahnsinn

Die Abschlußverhandlungen der Minister der größten Industrieländer über das Multilaterale Abkommen für Investitionen (MAI) im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wurden am 27. April in Paris auf ein halbes Jahr vertagt.

Der Vertreter der Bundesregierung, der Bonner Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium, Lorenz Schomerus, hatte auf Abschluß des seit Jahren vorbereiteten Vertragswerks gedrängt. Mittlerweile haben die beteiligten Staaten jedoch ein Vielzahl von Ausnahmeregelungen vorgelegt. Den internationalen Interessen der Konzerne an völlig schrankenlosen Investitionsmöglichkeiten auch auf dem Finanzmarkt und ihrer einklagbaren Absicherung wie es die Formulierungen im MAI fest schreiben stehen die Einzelinteressen entgegen, zu deren Schutz die Nationalstaaten nun auftreten.

Die generelle Ablehnung eines solchen Abkommens und der Widerstand gegen das MAI und dessen inhaltlicher Einfluß auf Vereinbarungen in anderen Organisationen wie der WTO und dem IWF formiert sich seit Monaten und geht nun auch in der BRD zu öffentlichen Aktionen über.

Im April starteten in Dresden und im Wendland Fahrrad- und Bauwagenkarawanen durch die BRD Richtung Genf. Aufgerufen hatte Global People Action. Organisiert von WIWA (Widerstand Weltweit Arbeitskreis) wurden in einzelnen Städten in der BRD entlang der Route Kundgebungen und Straßenfeste und -theater durchgeführt, um auf die Interessen des Kapitals, wie sie im MAI formuliert und eingefordert werden, aufmerksam zu machen und den Widerstand

dagegen mit den Kämpfen vor Ort zu verbinden. In Frankfurt fand am eine große Kundgebung statt. Am 5. Mai wurde die Karawane in Heidelberg empfangen. Sie zog zum Universitätsplatz und führte eine Kundgebung durch. Sprecher wiesen auf die Verflechtung der Heidelberger Druckmaschinen AG, die mit seiner Forschungs- und Verwaltungseinrichtung einer der größten Arbeitgeber am Ort ist, mit Konzernen wie Rhein-Elektra bzw. RWE hin. Gegenwärtig wird von der Stadt die Infrastruktur am Bahnhofplatz mit einer großen Baumaßnahme entsprechend den Anforderungen dieses Unternehmens umgestaltet. Gleichzeitig werden „Saubere-Stadt“-Aktivitäten forciert und versucht, die Armut auszgrenzen: Kontrollen und Platzverweise gegenüber Menschen ohne Wohnung, gegenüber Menschen, die nach Geld fragen, gegenüber Menschen, die nach Armut aussehen, nehmen zu. Im Anschluß an die Kundgebung formierte sich ein spontaner Demonstrationszug durch die Hauptstraße.

In Freiburg traf die Karawane am 8. Mai ein. Hier wurde die Ankunft damit verbunden, auf die Forderungen der Wagenburgen aufmerksam zu machen und Proteste gegen das geplante Biovalley im Dreyeckland, ein Netzwerk von Forschung und Produktion im Bereich der Gentechnik, zusammenzufassen. Am 9. Mai zog die Karawane weiter, um noch in Schweizer Städten Stopps zu machen und am 16. Mai in Genf einzutreffen.

An diesem Tag werden in verschiedenen Städten Demonstrationen stattfinden. Peoples Global Action ruft zur zentralen Kundgebung zum Beginn der WTO Verhandlungen am 18. Mai in Genf auf. •

**Südasiatische Bündnis gegen Kindersklaverei (SACCS)**

## Weltweit unterwegs gegen Kinderarbeit

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten weltweit 250 Millionen Kinder unter übelsten Arbeitsbedingungen. Sklavenhaltung in privaten Haushalten, in der Landwirtschaft und in einigen Wirtschaftsbereichen sowie Prostitution führen oft zu extremen gesundheitlichen Folgen für die Kinder und Jugendlichen. Die bisherigen internationalen Konventionen dagegen werden selten beachtet, da auf den Lebensunterhalt angewiesene Kinder allemal die billigsten und rechtlosen aller Arbeitskräfte sind.

Um darauf aufmerksam zu machen initiierten das Südasiatische Bündnis gegen Kindersklaverei (SACCS) und die britische Menschenrechtsorganisation Anti-Slavery einen weltweiten Marsch gegen Kinderarbeit und für die Rechte der Kinder. In allen Erdteilen sind seit Anfang des Jahres Kinder und Jugendliche sowie Kinder- und Menschenrechtsorganisationen losgezogen, um Anfang Juni 1998 in Genf zusammenzutreffen. Hier wird die ILO über eine neue Konvention zum „Verbot der schrecklichsten Formen von Kinderarbeit“ beraten. Ein Jugendkongreß und gemeinsame Veranstaltungen mit der ILO sind geplant.

Am 17. Januar begann in Asien der weltweite Marsch gegen Kinderausbeutung in Manila. Am 25. Februar startete eine lateinamerikanische Gruppe in São Paulo, und am 21. März machten sich Kinder und Jugendliche aus Afrika in Kapstadt auf den Weg. Über 600 Organisationen unterstützen weltweit diesen Marsch. In der BRD werden die Aktionen im wesentlichen von Entwicklungspolitischen Organisationen der Kirchen, dem DGB, Fair Trade e.V. und örtlichen Jugendverbänden und Dritte-Welt-Gruppen getragen. Der Global March Against Child Labour fordert neben allgemeinen Aufrufen zur „Abschaffung der unerträglichsten Formen von Kinderarbeit, Bekämpfung der Armut, sozialen Unge rechtigkeit, Vorrang und internationale Unterstützung für bildungspolitische Programme“, umfassende Hilfe für ehemalige Kinderarbeiter und -arbeiterinnen, Einführung von Warenzeichen für Produkte, die ohne Kinderarbeit hergestellt wurden, und Selbstverpflichtungen von Unternehmen. Die Staaten werden aufgefordert, internationale Konventionen und nationale Gesetze zu ratifizieren und umzusetzen.

Aus Asien trifft eine Gruppe über Skandinavien am 10. Mai in Flensburg ein. Sie wird über Hamburg, Hannover, Bielefeld, Osnabrück, Bad Bentheim, Münster, Herne, Bochum, Essen, Duisburg und Düsseldorf nach Bonn ziehen



Gegen die Massenarbeitslosigkeit demonstrierten am 8.5.98 rund 200 Menschen aus Süddbaden, Frankreich und der Schweiz auch auf der Rheinbrücke in Breisach. Bild: BZ

und dort am 25. Mai mit einer zweiten Gruppe zusammentreffen. Von hier geht der gemeinsame Zug weiter über Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Bern Richtung Genf. In vielen Orten entlang der Route werden Jugendliche und Schulklassen dazukommen, um diesen Marsch zu begrüßen oder ein Stück weit zu begleiten. Jeweils örtliche Bündnisse bereiten Kundgebungen, Veranstaltungsreihen und Aktionstage vor. In Duisburg organisiert die IG-Metall-Jugend Nordrhein-Westfalen eine Podiumsdiskussion mit Bundesarbeitsminister Blüm, Franz Müntefering und dem IG-Metall-Bezirksleiter. In Bonn sind außer einem Pressegespräch auch Treffen mit Mitgliedern des Bundestags und der Bundesregierung vorgesehen. Herr Blüm ist bekannt für seine heuchlerische Anteilnahme an der Not der Kinderarbeiter und -arbeiterinnen in Kolumbien. Es ist auch bekannt, daß das Arbeitsministerium im Mai dem Bundesrat eine Verordnung über Kinderarbeitsschutz vorlegen wird. Hier werden Ausnahmen für die Dreizehn- bis Fünfzehnjährigen definiert. Diese Lockerung soll legalisieren, was bedingt durch soziale Not für immer mehr Fami-

lien in der BRD alltäglich wird. Nur wenige Kinder und Jugendliche gehen arbeiten, um sich eigene Wünsche zu erfüllen, sondern weil ihre Familien das Geld dringend brauchen. Nach Schätzungen des Kinderschutzbundes arbeiten in der BRD eine halbe Million Kinder außerhalb der gesetzlichen Vorgaben: hier wird kein Arbeitsschutz beachtet, sie arbeiten zu lange, zu häufig und zu schwer und sind oft auch wesentlich jünger als dreizehn Jahre. •

#### 8. Mai: 4. Aktionstag der Erwerbslosen

## Brücken gegen Spaltung

---

Angela Klein

---

Der 4. Protesttag der Erwerbslosen fiel diesmal auf ein historisches Datum den 8. Mai. Vielerorts erinnerten die KundgebungsrednerInnen an das Kriegsende und an den Zusammenhang zwischen

steigender Arbeitslosigkeit, den Unternehmerangriffen auf den Sozialstaat im Rahmen der aggressiven Umverteilungspolitik seitens des Kapitals und den von der Großindustrie finanzierten Aufschwung der Nationalsozialisten.

Das Datum war aber auch Anlaß, an den Mai '68 zu erinnern, für den wesentlichen treibenden Moment die internationale Solidarität mit den antikolonialen Befreiungskämpfen gewesen war. Internationale Solidarität scheint heute verschüttet, begraben unter neuen Trümmerhaufen von neuen Kriegen und rassistischen Gewalttaten. Sie existiert aber weiter und hat ein neues Gesicht: der gemeinsame, grenzübergreifende Kampf gegen ein Wirtschaftsdictat, das alle staatlichen Regulierungen sprengt und auf dem Arbeitsmarkt wieder die schrankenlose freie Konkurrenz einführen will.

Exemplarisch für diese neue Dimension des internationalen Kampfs war die gemeinsame Aktion von deutschen und französischen Erwerbslosen an den Rheinbrücken von Kehl und Breisach und am Grenzübergang Forbach. In Breisach, wo sich ca. 200 Demonstrierende versammelten, war der Grenzübergang für zwei Stunden gesperrt; auf beiden Seiten bildeten sich kilometerlange Autoschlange. Der Sprecher der Aktionsgruppe „Arbeitslos – nicht wehrlos“ kündigte an, die Arbeitslosen aus dem Dreiländereck wollten künftig einmal im Monat über gemeinsame Aktionen beraten.

Auf der Europabrücke bei Straßburg hatten sich ca. 300 Deutschen und 450 Franzosen versammelt; sie wurden von kleinen Delegationen aus Italien, Belgien und Schweden unterstützt. Die Franzosen hatten für sich die Forderung nach freier Fahrt für Erwerbslose und Arme realisiert und waren gratis mit einem Zug von Paris nach Straßburg gefahren. Auf deutscher Seite wurde die Delegation vom DGB-Kreisvorsitzenden der Ortenau, Rolf Rouf, angeführt, der auch ein Hauptredner war. In einem weiteren Beitrag forderte Angelika Beier vom Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen Bielefeld von den Gewerkschaften, „deutlich für die Erwerbslosen Stellung zu nehmen“.

Insgesamt gibt die Koordinierungsstelle für den 8. Mai wieder die Zahl von 60 000 TeilnehmerInnen an den Protestaktionen in 350 Städten an. Die statistische Basis für diese Zahl ist jedoch deutlich geringer geworden. Mindestens muß man sagen, daß der Protest stagniert. Das ist auch wenig verwunderlich: bisher hängt er sich eher an den äußerlich vorgegebenen Aktionsterminen lang und hat nicht wirklich eine innere politische Dynamik. Der Charakter der Demonstrationen ist hauptsächlich propagandistisch. Von einer breit getragenen Aktion für Sofortforderungen, wie sie die französischen Aktionen im Winter prägten, sind wir noch weit entfernt. •



Am 8. Mai trafen sich in München deutsche und tschechische Linke mit dem Ziel, im sechzigsten Jahr nach dem Diktat des Münchener Abkommens zu beraten, wie die BRD endlich aus der Tradition des Münchener Abkommens herausgelöst werden kann.

Der Veranstalter, „Setkaní – Treffen deutscher und tschechischer Linker“, hatte im Vorfeld einen Entwurf für eine Erklärung gegen das Münchener Abkommen zur Diskussion gestellt und war damit bei

den angesprochenen, mit der Problematik vertrauten Linken auf deutliches Interesse gestoßen.

Am 8. Mai konnte nun in München zusammen mit Linken aus der Tschechischen Republik eine Schlufffassung des Textes erarbeitet werden (s. Dok. unten).

In den nächsten Wochen wird festgestellt, ob die mit dem ursprünglichen Entwurf einverstandenen Personen auch diese Schlufffassung unterzeichnen wollen.

## Infos:

**Eva Bulling-Schröter, MdB, Wahlkreisbüro Ingolstadt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel: 0841/76542, Fax: 0841/980726**

**MV Dr. Jiri Mašálka, Poslanecká kancelář, Purkyňova 29, 30000 Plzeň. Tschechische Republik**

**Renate Hennecke, Setkaní, Schwanthalerstraße 139 RgB, 80339 München, Fax: 089/5028112**

### Gemeinsame Erklärung deutscher und tschechischer Linker:

# Das „Münchener Abkommen“ von 1938 – eine Hypothek, die endlich getilgt werden muß

Ende September 1938, vor sechzig Jahren, vereinbarte die Naziregierung des Deutschen Reichs, assistiert von Italiens Diktator Mussolini, mit den Regierungen von Frankreich und Großbritannien, daß die Tschechoslowakische Republik jene Teile ihres Staatsgebiets, die mehrheitlich von deutschsprechender Bevölkerung bewohnt waren, abzutreten hätte. Die Tschechoslowakische Republik war zu diesen Verhandlungen nicht einmal zugelassen. Das Münchener Abkommen war ein schändlicher Gewaltakt des Nazireiches, das anstrehte, im Herzen Europas den „stählernen Kern“ des Großdeutschen Reiches zu schaffen. Es beruhte auf der Einschüchterung der Westmächte, die unter der Kriegsdrohung auf eine Politik des „Appeasement“, der Zugeständnisse setzten. Für Nazideutschland war die teilweise Zerstörung der Tschechoslowakei nur ein Schritt zu deren vollständiger Zerstörung, und die vollständige Zerstörung nur ein Schritt im Eroberungskrieg gegen Osten, wie es nur ein Jahr später mit dem Angriff auf Polen offenbar wurde.

Für die jüdische Bevölkerung, für Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Antifaschisten aller in der Tschechoslowakei lebender Nationalitäten – auch deutsche – bedeutete die Okkupation, daß sie fliehen mußten oder dem Terror der Gestapo ausgesetzt waren. Demgegenüber war der überwiegende Teil der deutschsprachigen Bevölkerung, der Henlein-Partei folgend, in die schrecklichen Verbrechen der Zerschlagung der Tschechoslowakei, der Okkupation und des Terrors tief verstrickt. Diese Verbrechen wären nicht möglich gewesen ohne die zielbewußte Entfachung einer Welle großdeutschen Chauvinismus und ohne gehässige Hetze gegen die tschechischen Bewohner. Auf dieser Basis gewannen die Nazis Einverständnis und aktive Teilnahme an der Hitlerschen Eroberungspolitik aus der sog. sudetendeutschen

Minderheit. Es ist bekannt, daß sich Hitler im kleinen Kreise rühmte, er werde die Tschechen aus Prag hinausschaffen, wie er die Juden aus Wien hinausgeschafft habe. Nach der Niederlage der Nazis war für die gesamte Weltöffentlichkeit klar, welch verhängnisvolle Rolle deutsche Minderheiten im östlichen Europa als Fünfte Kolonnen Hitlers gespielt hatten und daß dadurch in den Nachbarländern die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben zerstört worden waren. Infolgedessen sahen die Teilnehmer der Potsdamer Konferenz keine andere Möglichkeit als die Aussiedlung der deutschen Minderheit. Diese ist bekanntlich durch die Potsdamer Konferenz als Sanktion verfügt worden, um die betroffenen Länder vor einer Wiederholung derartiger Geschehnisse zu schützen.

Die Erfahrung des zweiten Weltkriegs sitzt tief im Bewußtsein der Völker. Die Verbrechen der Nazis sind nicht zu bestreiten. Aber bei der Zerstörung der Tschechoslowakei erfreute sich Nazi-deutschland der Duldung von Mächten der späteren Anti-Hitlerkoalition. Auf deren damalige Appeasement-Politik versucht die deutsche Rechte die Rehabilitation großdeutscher Politik zu bauen. Aus dieser Sicht zeigt sich die Bedeutung des Streits um die Völkerrechtliche Charakterisierung des Münchener Diktats besonders markant: ob es als widerrechtlicher Akt, auf Gewalt und Kriegsdrohung beruhend, von Anfang an ungültig war und ist, wie dies in der Tschechischen Republik konstatiert wird – oder ob es erst durch den späteren Einmarsch in die „Rest-Tschechei“ ungültig wurde, wie es die offiziellen Stellen in der BRD auszulegen versuchen.

Heute ist die BRD der einzige Staat, der die Völkerrechtswidrigkeit des Münchener Abkommens und damit seine Nichtigkeit „von Anfang an“ bestreitet. Aufgrund dieser gefährlichen Haltung der BRD zum Münchener Diktat könnte im

Zuge der EU-Osterweiterung von ultrakonservativen, neogroßdeutschen Kräften der Versuch unternommen werden, ehemalige ökonomische und politische Einflußpositionen in der Tschechischen Republik unter dem Deckmantel der europäischen Integration neu zu erobern.\*

Es ist deshalb höchste Zeit, daß die deutsche Öffentlichkeit endlich wahr und es nicht hinnimmt, daß deutsche Politik anmaßende Forderungen an die tschechischen Nachbarn stellt, die Vertriebenenverbände durch politische und finanzielle Unterstützung am Leben hält und ihre Ansprüche auf eine privilegierte Stellung in der Tschechischen Republik unterstreicht und einfordert. Diese Politik vergiftet die Nachbarschaft zwischen Deutschen und Tschechen politisch und auch sozial, denn mit der politischen Anmaßung verbunden ist die Expansion der deutschen Kapitalunternehmen, die eine führende, ja beherrschende Rolle in der Wirtschaft des Nachbarlandes anstreben.

Weite Teile der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, erstreben Verständigung mit den Völkern. Sie wollen und brauchen einen dauerhaften und festen Frieden. Die Politik der Zweideutigkeiten, des Offenhalts aller Optionen muß aufhören. Wir fordern von der zukünftigen Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung endlich eine verbindliche Erklärung über die Völkerrechtswidrigkeit des Münchener Abkommens, d.h. seine Nichtigkeit von Anfang an. Ohne Wenn und Aber – die BRD muß aus der Tradition des Münchener Abkommens gelöst, die Hypothek von 1938 muß endlich getilgt werden.

\* Der Ansatz einer solchen Aktionslinie ist in den Vorbehaltserklärungen der 55 CDU/CSU-Abgeordneten zur deutsch-tschechischen Deklaration, die dem Bundestag zu Protokoll gegeben wurden, sowie in den Reden von E. Stoiber und Th. Waigel deutlich sichtbar.

# Setkani

ist tschechisch und bedeutet Treffen. Es ist eine offene Arbeitsgemeinschaft deutscher und tschechischer Linker. Die Münchener Setkani-Gruppe ist zu erreichen über:

## Setkani

Schwanthalerstraße 139 Rgb.  
80339 München  
Fax: 089/5028112

Arbeitsschwerpunkt in der nächsten Zeit ist die Auseinandersetzung mit den Forderungen der Landsmannschaft und ihrer Unterstützung durch die CSU.

Darüber hinaus bemühen wir uns, vor allem in der linken Presse Artikel zu Geschichte und Gegenwart der deutsch-tschechischen Beziehungen unterzubringen.

Schließlich sind wir dabei, eine Sammlung von Fachliteratur anzulegen, die oftmals schwer erhältlich ist. Wer mitarbeiten will, – auch als korrespondierendes Mitglied – ist herzlich willkommen.

## Nächste Vorhaben:

Die am 8. Mai verabschiedete Erklärung soll in einem Faltblatt veröffentlicht werden, das weiteres Material enthält und ermöglicht, das Anliegen – Absage der deutschen Politik betreffs Münchener Abkommen – in den Wahlkampf zu tragen.

Im September soll schließlich eine Doppelveranstaltung in München und Prag zum 60. Jahrestag des Münchener Abkommens stattfinden. Sie soll ein Zeichen setzen für Völkerverständigung und nachbarschaftliche Solidarität, gegen großdeutsche Anmaßung und Expansion und soll so dazu beitragen, eine bessere Ausgangsbasis für die weitere Arbeit für die deutsch-tschechische Verständigung auf der Grundlage von Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt zu schaffen. •



## 7. Bundestreffen der Cuba-Solidarität

# Cubas Botschafter zeichnet optimistisches Bild

Delegierte von 36 Organisationen und Cuba-Initiativen trafen sich vom 8.-10. Mai zusammen mit Gästen aus Cuba und dem europäischen Ausland in Hamburg zum 7. Bundestreffen der Cuba-Solidarität.

In seiner Begrüßungsrede betonte der cubanische Botschafter, daß trotz weiterer Bemühungen des USA-Regimes das cubanische System zu zerstören, Erfolge zu verzeichnen sind.

So geht die wirtschaftliche Erholung weiter, die die Indikatoren für eine weitere kostenlose Partizipation der Bevölkerung an umfassender Bildung und Gesundheit garantiert. Er zeichnete ein optimistisches Bild: daß nämlich der Kampfgeist des cubanischen Volkes zusammen mit einer internationalen Solidarität über politische, ideologische und Glaubensunterschiede hinweg, im Kampf um revolutionäre Prinzipien über die vermeintlichen Regeln des kapitalistischen Marktes hinweg, siegreich sein wird. Insofern sei die Verteidigung Cubas ein Akt der Verteidigung der Zukunft der Menschheit überhaupt.

In Arbeitsgruppen wurden unterschiedliche praktische wie theoriebildende Themen behandelt.

Die Benutzung neuer Medien war ebenso Thema wie die materielle Solidarität. 1997 kamen 50% aller Container mit Soligütern aus der BRD. Die bestehenden Transportprobleme sollen zukünftig effizienter über cubanische Firmen getägt werden, um die Solidaritätsstrukturen zu entlasten. In der Gruppe Cuba aus Frauensicht berichtete zunächst eine Vertreterin des cubanischen Frauenverbandes FMC zur aktuellen Situation, die geprägt ist von den Änderungen der periodo especial, die nach dem Zusammenbruch des Wirtschaftspartners UdSSR ausgerufen wurde. Hauptthemen des FMC sind die geschlechtlichen Rollenverteilungen, die Prostitution und die Genderforschung.

Zweites Thema dieser Gruppe war das Projekt ecomujer, bei dem Umweltfragen aus Frauensicht diskutiert werden. Bereits zweimal gab es um den internationalen Frauentag Treffen in Cuba zwischen cubanischen und deutschen Frauen. Diese Treffen sollen weitergeführt werden und mehr auf Austausch basieren. Das bedeutet, daß vermehrt cubanische Frauen in die BRD eingeladen werden sollen. Vermehrt sollen auch Frauen aus Lateinamerika zu diesen Treffen eingeladen werden. Das nächste Seminar wird im Jahr 2000 in Pinar del Rio stattfinden. Berichtet wurde vom internationalen Frauenkongreß, der im April in Ha-

vanna stattgefunden hat, und an dem Frauen aus 73 Ländern – die Mehrheit aus Lateinamerika – teilgenommen haben. Politisch wandte sich dieser Kongress gegen Neoliberalismus mit dem Ziel, den Widerstand aus Frauensicht zu vernetzen. Beschllossen wurde, daß der internationale Frauentag als Solidaritätstag mit den cubanischen Frauen bis zum Fall der Blockade ausgetragen werden soll.

Eine Arbeitsgruppe befasste sich mit den Rosa-Luxemburg-Konferenzen, und der Che Guevara-Konferenz, die in Berlin stattgefunden haben. Insbesondere die Che-Guevara-Konferenz wurde als quantitativer und qualitativer Schritt nach vorne bewertet. Die Arbeitsgruppe diskutierte Inhalte für eine weitere Konferenz, die den begonnenen Diskussionsprozeß weiterführen soll.

Der Anspruch an die nächste Konferenz ist hoch: Sie soll bewußtseinsbildenden Charakter haben für regionale und lokale Diskussionen und längerfristig Unterstützung für Organisationen bieten. Die Konferenz soll Information, Analyse und Konzepte über theoretische Ansätze und Bewegungen international durch geeignete ReferentInnen vermitteln. Cuba kommt in dieser Diskussion eine besondere Rolle zu. Viele Probleme, die für uns theoretisch bestehen, bestehen für Cuba konkret. Cuba arbeitet an Fragen zum sozialistischen System in einer unipolaren kapitalistischen Welt und könnte ein wissenschaftliches bzw. gesellschaftliches Potential zur Verfügung stellen.

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba schlug für 1999 verschiedene Veranstaltungen zum 40. Jahrestag der cubanischen Revolution vor. Diese Veranstaltungen können als Vorbereitungen für die nächste Konferenz genutzt werden. Gruppen und Einzelpersonen soll die Möglichkeit gegeben werden, sich über den aktuellen Stand der Vorbereitungen zu informieren, bzw. sich in die Diskussion einzubringen.

Die Tageszeitung „Junge Welt“ und die Zeitschrift „Cuba-Libre“ werden informieren, auch soll eine spezielle Internet-Seite eingerichtet werden. (chg)

# Die baskischen Parteien und Gewerkschaften rücken näher zusammen

Manfred Ostrowski

Anfang April entdeckten Mitglieder des Büros der baskischen Linkspartei Herri Batasuna in Gasteiz, daß die Telefonleitungen HBs schon seit langem abgehört wurden. Es stellte sich heraus, daß die Agenten des spanischen militärischen Geheimdienstes CESID Herri Batasuna über die Jahre kontinuierlich überwacht und auch der Regierung „politisch interessante“ Gespräche HBs mit anderen Parteien regelmäßig bekanntgemacht hatten. Der Geheimdienst CESID und die spanische Regierung begründeten später die Spionage damit, daß HB keine legale Partei, sondern nur eine „legalisierte Formation“ sei. Während dieses Vorgehen gegen HB (ca. 16% der Stimmen im Baskenland) den Medien des europäischen Auslands keine Meldung wert war, äußerten die baskischen Parteien PNV (christlich-republikanisch orientiert) und EA (sozialdemokratisch) ihren Protest. PNV und EA stimmten mit HB in der Einschätzung überein, daß das Vorgehen des CESID ein in Spanien existierendes demokratisches Defizit beweist. Der Präsi-

dent von EA, Carlos Garaikoetxea, bewertete die Spionage gegen HB als „demokratische und ethische Verwirrung“, während der Vorsitzende der PNV, Xabier Arzallus, den CESID als eine „Last aus dem Franquismus“ bezeichnete. Während der ersten Tageshälfte des 12. April glich Irunea (Pamplona) einer Polizeieinfestung: Die in großer Zahl erschienenen Anhänger Herri Batasunas feierten dort den „Aberri Eguna“, den baskischen Nationalfeiertag. Trotz wiederholter Provokationen seitens der spanischen Polizei kam es nicht zu Zwischenfällen, und Herri Batasuna konnte seinen Sympathisanten ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und fortbestehender zahlenmäßiger Stärke vermitteln. Sprecher HBs wünschten sich eine tragfähige politische Übereinkunft mit EA und PNV, die den „Aberri Eguna“ in diesem Jahr jeweils für sich beginnen.

Der „Aberri Eguna“ war nur einer von vielen Aktionstagen im Baskenland, die in den letzten 6 Wochen zu verzeichnen waren. Einen Höhepunkt gesellschaftlicher Mobilisierung stellte die große Demonstration vom 5. April in Bilbao dar, auf der deutlich mehr als 40 000 Men-

schen das Ende der „dispersion“ (der Verteilung der baskischen politischen Gefangenen auf die verschiedenen, weit vom Baskenland entfernt liegenden Gefängnisse) forderten. Die Demonstration war nach der Tageszeitung „egin“ eine der größten, die Bilbao bisher erlebt hat. „Alle baskischen Gefangenen ins Baskenland – jetzt“, dies einte als Anliegen Vertreter HBs, EA und der Vereinigten Linken (IU), die Aktiven der Gewerkschaften ELA und LAB und Militante von Bürgerbewegungen wie „Elkarri“, „Senideak“ und „Gazte Ekimena“. Es hat sich offenbar bestätigt, daß es im Baskenland die Meinung der Bevölkerungsmehrheit ist, die politischen Gefangenen müßten nach Euskal Herria zurückverlegt werden.

Gleichzeitig setzten die baskischen Gewerkschaften ELA und LAB ihre Kampagne für die Vollbeschäftigung, für die 35-Stunden-Woche und gegen soziale Ausgrenzung fort. Die einstündige Arbeitsniederlegung, zu der das baskische Gewerkschaftsbündnis um ELA und LAB für den 23. April aufgerufen hatte, wurde von der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten, der im Handel Beschäftig-

„Euskadi Ta Askatasuna (ETA) ist der Auffassung, daß man in der letzten Zeit verschiedene Ereignisse miterlebt hat, die in dem Kampf, den das baskische Volk auf dem Weg hin zu seiner Befreiung austrägt, tiefgreifende Änderungen mit sich bringen könnten. Aber um diese tiefgreifenden Änderungen zu erreichen, sind sowohl der Wille und die Klarsicht derer nötig, die in diesem Konflikt die Hauptverantwortung tragen, als auch der starke Einsatz und die mutigen Schritte derjenigen Menschen, die für die Errichtung eines freien Euskal Herria (Baskenlandes) sind. Um also zu beginnen: Ziehen wir Bilanz, halten wir den Erfolg für unbestreitbar, den eine Konzeption bzw. eine Auffassung gehabt hat, die Euskadi Ta Askatasuna vor drei Jahren in die Gesellschaft getragen hat, wir meinen die Auffassung, daß es im Baskenland keine Demokratie gibt, bis nicht dem Volk das erste und das letzte Wort gegeben wird. Und bis nicht dieses Wort respektiert wird. Wir haben auch schon erwähnt, daß sich auf der Seite des Aufbaus eines freien Baskenlandes neue Kräfte zusammenfinden. Oder auch, daß Leute, die vorher am schlafen waren, aufgewacht sind und sich organisieren. Der Kampf dafür, die baskischen Gefangenen ins Baskenland zurückzubekommen, hat sich zu einem Mittel der Vergrößerung

und zu einem Modell entwickelt, wodurch andere Kämpfe verbreitert und andere Forderungen verstärkt werden. Es ist ja gelungen, um eine gerechtfertigte Forderung herum eine pluralistische Menge zu versammeln, wie die Demonstration vom 5. April gezeigt hat.

Wie im Kampf für die politischen Ge-

## ETA-Kommuniqué, veröffentlicht im „egin“ vom 29. April (verkürzt)

fangen, so haben im Bereich der baskischen Sprache und im Erziehungsreich, auf sozialem Gebiet und auf dem Gebiet der Wirtschaft, verschiedene Kollektive – die einen größer, die anderen kleiner, aber alle notwendig und wichtig – die Entscheidung getroffen, sich der heutigen Situation entgegenzustellen. Sie sind dahingekommen, angesichts der Tagesprobleme und Ungerechtigkeiten Lösungen vorzuschlagen, und haben neue Kampffelder eröffnet, damit jeder das seine geben kann.

Wir haben am Beginn dieser Erklärung deutlich gemacht, daß unter den Ereignissen, die eine tiefgreifende Änderung herbeiführen können, der Fall die Hauptrolle spielen würde, daß sich eine gegenüber Dialog und Verhandlungen positive Meinung durchsetzt, um den

Konflikt zu beenden. Nachdem die baskische Linke in einer gewissen Einsamkeit diese Möglichkeit verteidigt hat, hat die vernünftige Gesprächslösung eine Verteidigung durch wachsende Sektoren der Gesellschaft und unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen verbuchen können. Diese positive Meinung ist durch das in Stormont unterzeichnete Abkommen verstärkt worden. Unabhängig von Ähnlichkeiten und Unterschieden zur baskischen Situation wird von ETA der Friedensprozeß von Irland mit absolutem Respekt und in vollständiger Solidarität mit den irischen Republikanern gesehen. Und wie könnte man den Prozeß betrachten ohne die Absicht, aus ihm zu lernen.

Die wichtigste Lehre für ETA ist, der generellen Lösung eines Konflikts den Vorzug zu geben. Die Antwort, daß die Lösungen im Unterschied zum Kampf kompliziert für alle sein können. Das heißt, die Pseudo-Lösung eines Konflikts soll nicht die Saat eines neuen Konflikts morgen oder übermorgen darstellen, damit die kommenden Generationen nicht von neuem wieder die Waffen in Händen, für die Lösung desselben Konflikts kämpfen müssen. Dies ist und bleibt die politische Entscheidung, das Wollen und das Engagement von Euskadi Ta Askatasuna.“ •

## Argentinische Militärs vor deutschen Gerichte?

Andreas Behn

Stellvertretend für über 70 deutschstämmige Opfer der argentinischen Militärdiktatur haben Betina Ehrenhaus und Idalina Tatter am 7. Mai beim Bundesjustizministerium Strafanzeige gegen ihre früheren Peiniger eingereicht. Sie werden dabei vom argentinischen Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel sowie von der „Koalition gegen Straffreiheit“ unterstützt. Letztgenannte veranstaltet zum selben Termin ein Hearing im Deutschen Bundestag.

Auf einer Heimfahrt im August 1979 wurden Betina Ehrenhaus und ihr Partner Pablo Armando Lepiscopo von schwerbewaffneten Männern angehalten und in das berüchtigte Folterzentrum der Marine (ESMA) verschleppt. Ehrenhaus, die ihren deutschen Paß bei sich trug, wurde gefesselt und während ihrer Gefangenschaft mit Elektroschocks und Schlägen traktiert. Zwei Tage darauf wurde sie freigelassen. Pablo Lepiscopo ist bis heute „verschwunden“. Auch von dem Deutsch-Paraguayer Federico Jorge Tatter, Ehemann von Idalina Tatter, gibt es seit seiner Verhaftung im Oktober 1976 kein Lebenszeichen mehr. Zehntausende Tote oder „Verschwundene“ forderte die siebenjährige Diktatur in dem südamerikanischen Land, die mit einem Putsch des Militärs 1976 begann. Ein gerichtliche Verfolgung brauchen die Täter in Argentinien nicht zu fürchten. Mitte der 80er Jahre erließ die Regierung zwei Amnestiegesetze, die einfachen Soldaten und den meisten Befehlshabern des Militärs Straffreiheit einräumt. Doch die Familienangehörigen der Opfer lassen nicht locker: Seit über 20 Jahren fordern sie die Aufklärung der Verbrechen, in erster Linie die „Mütter der Plaza de Mayo“ in Argentinien. In den vergangenen Jahren sind außerdem immer mehr Prozesse im Ausland angestrengt worden.

Juristisch betrachtet ist die Klage vor deutschen Gerichten eine heikle Angelegenheit. Laut Paragraph 7 des deutschen Strafgesetzbuches (StGB) gilt das hiesige Strafrecht auch für Taten, die im Ausland begangen werden, sofern die Tat dort unter Strafe steht. In einer Antwort an die Abgeordnete Heide Mattischeck erklärte das Auswärtige Amt, daß die in Argentinien erlassene Amnestie die Geltung dieses Paragraphen im allgemeinen nicht beeinträchtige. Problematisch hingegen ist, daß ein solcher Prozeß in Abwesenheit der Angeklagten geführt werden muß, da die argentinische Regierung kaum Interesse hat, die betreffenden Militärs auszuliefern. Daß eine Verurteilung aber nicht nur symbolisch wäre, erläutert



Bei der Demonstration am ersten Mai, die von dem baskischen Gewerkschaftsbündnis um ELA und LAB organisiert wurde, forderten in Bilbao 20000 Menschen bei strömenden Regen die 35-Stunden-Woche, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit.

ten und der Betroffenen im Bereich des Bildungswesens durchgeführt. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und nach Mitteln, die soziale Marginalisierung zu beenden, fand weithin aktive Unterstützung. In den drei Provinzen des autonomen Baskenlandes (Euskadi) hatten sich auch die spanischen Staatsgewerkschaften UGT und Comisiones Obreras (CCOO) angeschlossen. Auf der anderen Seite versuchte in Nafarroa die spanische Polizei, die Mobilisierungen der Arbeiter zu behindern, und verhaftete 16 Jugendliche, darunter die Tochter von Jesus Garatea, dem Generalsekretär der Comisiones Obreras in Nafarroa. Im gesamten spanischen Baskenland (Euskadi und Nafarroa) beteiligten sich 15 000 Personen an den begleitenden Demonstrationen des Aktionstages. ELA und LAB vereinigten später noch einmal 20 000 Menschen zu ihrer gemeinsamen Demonstration in Bilbao anlässlich des 1. Mai, etwa ebensoviele, wie sie zu ihrer Kampagnenauftragsdemonstration am 28. März mobilisiert hatten. In der letzten Aprilwoche äußerten die Parteien PNV und EA die Bereitschaft, an einem „Forum Irland“ teilzunehmen, das HB vorgeschlagen hatte: Gemeinsam wollte man den politischen Gesprächsprozeß in Nordirland analysieren und die Lehren studieren, die sich möglicherweise aus dem dortigen Friedensprozeß für das Baskenland ziehen ließen. Die Vereinigte Linke, aber etwa auch die Partei CDN (Nafarroa) bekundeten, noch über eine Teilnahme an dem Forum nachzudenken. In den darauffolgenden Tagen sahen sich PNV und EA im Kreuzfeuer der Kritik nationaler spanischer Kräfte, und ihre

Spitzenpolitiker mußten die Position, mit HB Gespräche zu führen, gegen heftige Angriffe verteidigen.

Demgegenüber reagierte die ETA mit einem Kommuniqué, das eine positive Entwicklung hin zu einer möglichen Lösung des Konflikts im Baskenland wahrzunehmen meinte und die Bereitschaft der ETA beteuerte, aus dem Friedensprozeß in Nordirland lernen zu wollen (siehe Dokumentation). Herri Batasuna bekundete seine volle Zufriedenheit mit diesem Kommuniqué: „ETA stellt von neuem den Willen unter Beweis, von dieser Phase der bewaffneten Konfrontation zu einem neuen Szenario der demokratischen Auseinandersetzung überzugehen, in dem die sich gegenüberstehenden Seiten unter gleichen Bedingungen ihre politischen Projekte verteidigen können. Das einzige Hindernis dafür, daß das Baskenland frei über seine Zukunft entscheiden kann, liegt in der Haltung der spanischen Regierung. Es ist an der Zeit, daß diese Regierung ihre politische Blindheit ein für allemal ablegt und damit beginnt, Schritte auf der Suche nach einer Dialoglösung zu tun, einer Lösung, die auf der Demokratie basiert.“ („egin“, 30. April)

Die Antwort der spanischen Regierung bestand dann, wie gehabt, in dem Versuch, die Strukturen der ETA zu zerstören. Eine gegen das ETA-Umfeld gerichtete Verhaftungswelle bewirkte postwendend das Wiederaufflammen von Anschlägen der ETA. Die aktuelle Verschärfung der Situation ist aber natürlich ein Problem für das geplante Irland-Forum.

Wolfgang Wiesheier, Rechtsanwalt der Klägerinnen: „Ein von einem deutschen Gericht ergangener Haftbefehl kann weltweit vollstreckt werden.“ Zumindest könnten die Betroffenen ihr Land nicht mehr verlassen.

In anderen europäischen Ländern sind argentinische Militärs schon ins Blickfeld der Justiz geraten. Bereits 1990 verurteilte ein Pariser Gericht den Marinekapitän Alfredo Astiz wegen der Ermordung zweier französischer Nonnen in Abwesenheit zu lebenslanger Haft. Ein Gericht in Mailand ermittelte seit vergangenem Jahr wegen des Todes mehrerer Hundert italienischer Staatsbürger, über die Eröffnung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens wird im Juni entschieden. Der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzon untersucht seit '96 das Schicksal von über 600 Spaniern, die Opfer der Diktatur in Argentinien wurden; er erließ gegen Ex-Diktator Galtieri und zehn hohe Militärs internationale Haftbefehle.

Es hat sich gezeigt, daß die internationalen Ermittlungen durchaus Auswirkungen auf die argentinischen Behörden haben: Mehrere Polizisten wurden aus dem Dienst entlassen, weil ihre Namen in den Untersuchungskästen von Garzon auftauchten. Ein Bundesrichter in der Hauptstadt Buenos Aires leitete Ermittlungen wegen Entführung Minderjähriger ein - ein Verbrechen, daß nicht unter die Amnestiegesetze fällt. Ähnlich verhält es sich mit dem Raub des Vermögens der ermordeten oder verschwundenen Oppositionellen. 90 Offiziere sollen auf Konten in der Schweiz geraubtes Geld horten. Der vieler Menschenrechtsverletzungen beschuldigte Provinzgouverneur Antonio Bussi gestand den Besitz eines solchen Kontos und wurde im April vom Parlament abgesetzt.

Ob die bundesdeutsche Justiz ein Verfahren gegen argentinische Militärs einleiten wird, ist noch nicht ausgemacht. Mehrere Parteien signalisierten bereits Unterstützung für das Vorhaben, doch wird das Außenministerium um die guten Beziehungen zur Menem-Regierung in Buenos Aires fürchten. Die „Koalition gegen Straffreiheit“ weist darauf hin, daß die Bundesregierung moralisch in der Pflicht steht, nachdem sie zur Zeit der Diktatur den Angehörigen von deutschen „Verschwundenen“ kaum Hilfe zukommen ließ: „Die stille Diplomatie des Auswärtigen Amtes hat nichts bewirkt,“ ist im Abschlußbericht einer Delegation der evangelischen Kirche, die 1982 Argentinien besuchte, zu lesen.

Der deutsche Botschafter in Buenos Aires zur Zeit des Putsches, Jörg Kastl, verurteilte in einem Interview mit der argentinischen Presse das Militärregime als „Horror“. Mit der stillen Diplomatie habe seine Botschaft „einige Leben retten können“. Ansonsten habe sie „sehr wenig“ erreicht. Gegenüber npl sagte Kastl, er begrüße ein Gerichtsverfahren in Deutschland, da „viele unschuldig Opfer geworden sind“.



## Dänemark Gesetz stoppt Streik

Sören Söndergaard

Sören Söndergaard ist Folketing-Abgeordneter der Rot-Grünen Einheitsliste und Mitglied der Sozialistisch Arbeiterpartei, dänische Sektion der IV. Internationale

Nach 36stündiger Debatte beschloß das dänische Parlament (Folketing) am 7. Mai ein Gesetz, das den fast zwei Wochen dauernden Streik beenden sollte. Einige der Streikenden bekamen dabei mehr Urlaub, während andere gar nichts bekommen. Die Frage ist jetzt, welche Folgen der Streik haben wird, bspw. in bezug auf das Referendum zum Amsterdamer Vertrag am 28. Mai.

Als die vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen geführte Minderheitsregierung die Einmischung des Parlaments in den Konflikt vorschlug, tat sie dies mit der Begründung, daß es erforderlich sei, das die dänische Gesellschaft bedrohende Chaos zu beenden. Dies war nicht wahr. Die Streikenden hatten alles Nötige getan, um die wesentlichen Funktionen aufrechtzuerhalten.

Doch die Unternehmer waren vom Streik schwer getroffen. Sogar einige ausländische Gesellschaften, z.B. die schwedische Autofirma Saab, mußten die Produktion wegen des Streiks in Dänemark stoppen. Gleichzeitig gelang es den Streikenden zunehmend Unterstützung bei der Bevölkerung für die Forderung nach sechs Wochen Urlaub zu erhalten. Die Unternehmer waren dabei zu verlieren, wirtschaftlich wie politisch.

Deshalb verhandelte die Regierung der Mitte (die Sozialdemokraten und eine kleine bürgerliche Partei) mit den großen bürgerlichen Parteien (die Liberalen und Konservativen), und sie fand eine Mehrheit im Parlament für ein Gesetz, das den Streik beenden sollte. Gegen dieses Gesetz stimmten die linkssozialdemokratische Sozialistische Volkspartei und die linkssozialistische Rot-Grüne Einheitsliste, die beide zusammen 10% der Stimmen bei den Wahlen am 11. März 1998 erhalten hatten.

Die Regierungsintervention respektierte den ökonomischen Rahmen, dem die Unternehmer zugestimmt hatten.

Doch mit Hilfe von Steuersenkungen für die Unternehmer und einer Senkung der Beiträge für die Pensionen gelang es der Regierung in gewissem Ausmaß der Forderung der Lohnabhängigen nach mehr Urlaub nachzukommen.

Generell alle am Streik Beteiligten erhalten zwei zusätzliche Feiertage pro Jahr und Eltern mit Kindern unter 14 Jahren erhalten zusätzlich drei Familienurlaubstage im Jahr. Doch diese Urlaubstage sind abhängig von einer längerfristigen Beschäftigung beim selben Arbeitgeber. Das bedeutet, daß große Gruppen unter den Streikenden gar nichts bekommen, weil sie den Arbeitgeber öfter wechseln.

Unter den Streikenden traf die Intervention der Regierung auf großen Unmut. Eine Menge Leute sieht dies als einen prinzipiellen Angriff auf das Streikrecht. Und viele sind zornig über die Tendenz, die Bewegung zu spalten, was in dem Gesetz zum Ausdruck kommt, das der einheitlichen Forderung nach sechs Wochen für alle, entgegengesetzt ist. Diese Unzufriedenheit hat bisher zu einer Protestversammlung von mehr als 1000 Betriebsräten aus dem ganzen Land sowie zu Proteststreiks geführt, als die Leute nach dem Streik wieder an die Arbeit gingen.

Doch es wird keinen einheitlichen Proteststreik gegen die Regierungsintervention geben. Zum Teil weil manche das Gefühl haben, daß sie wirklich etwas durch den Arbeitskampf erreicht haben. Aber vor allem weil es keine glaubwürdige Führung für einen vereinten Kampf für ein besseres Ergebnis gibt. Die Führer der Gewerkschaften haben sich gegen die Intervention gewandt, aber sie werden keinen außerparlamentarischen Kampf gegen ein Gesetz führen, das von einer sozialdemokratischen Regierung eingebrochen wurde.

Seit den großen Streiks von 1985 wurde der linke Flügel der Gewerkschaften im Betrieb und unter den Betriebsräten geschwächt. Es ist mehr Kampferfahrung erforderlich, bevor das für die landesweite Organisierung von Betriebsräten nötige Verständnis vorhanden sein wird.

Obgleich es so aussieht, daß der Kampf erst einmal zu Ende ist, wird er für die Zukunft bedeutende Folgen haben. Die Forderung nach sechs Wochen Urlaub für alle ist sehr populär und wird eine zentrale Rolle bei den nächsten Verhandlungen mit den öffentlichen Arbeitgebern im kommenden Jahr spielen. Auch sind neue Schichten in den Kampf und die gewerkschaftliche Arbeit einzbezogen, was zu einer Stärkung der Linken in den Gewerkschaften führen kann.

Schließlich gibt es keinen Zweifel, daß sowohl die dänische als auch die europäische Bourgeoisie fürchten, daß die Regierungsintervention das Referendum über den Amsterdamer Vertrag am 28. Mai beeinflussen wird.



*Australien: Massenentlassung illegal. Schon in der letzten Ausgabe der Politischen Berichte konnten wir von einem Teilerfolg des Kampfes der australischen Hafenarbeiter berichten. In einer Eilentscheidung hatten damals die Richter die Entlassung von 1400 Hafenarbeiter für ungültig erklärt. Nun hat der oberste Gerichtshof Australiens die Entlassung endgültig für illegal erklärt. Die Firma Patrick hatte die Arbeiter Anfang April entlassen mit der Begründung, sie seien zu teuer und ineffektiv. Tatsächlich ging es um die Zerschlagung der Hafenarbeitergewerkschaft MUA. Die Firma wurde kräftig von der konservativen Regierung unter Ministerpräsident Howard unterstützt. Nach der Entlassung ging eine Welle von Solidaritätsstreik durch ganz Australien. Ein Wehrmutstropfen bleibt aber: Das Gericht verfügte, daß die Anzahl der Wiedereinzustellenden von der Firma festgelegt wird. (Bild: Junge Welt)*

havatisten zur Verfügung stellen. Die US-Bundespolizei FBI hat angeblich Mitglieder für die Verhöre von festgenommenen mutmaßlichen Aufständischen abgestellt. Entsprechende Vorwürfe haben auch mexikanische Menschenrechtsgruppen in der Vergangenheit wiederholt erhoben.

## Kuba/Barbados: Kontakt mit anderen AKP-Staaten

(Bridgetown, 5. Mai 1998, pl-Poonal).- Kuba läßt keine Gelegenheit aus, die politische Isolierung endgültig zu durchbrechen. Erstmals ist es durch Außenminister Roberto Robaina auf einem Ministerratstreffen der sogenannten AKP-Staaten (die Buchstaben stehen für Afrika, Karibik, Pazifik) vertreten. Die Gruppe tagt derzeit in Bridgetown, der Hauptstadt von Barbados. In den Gesprächen Robainas mit hochrangigen PolitikerInnen andere Länder geht es unter anderem darum, daß Kuba mit Beobachterstatus an den zukünftigen Lomé-Verhandlungen der AKP-Länder mit der Europäischen Union teilnehmen kann.

## Kolumbien: Spekulationen über militärische Einmischung der USA

(Bogotá, 4. Mai 1998, pulsar-Poonal).- Wiederholte Äußerungen von Charles Wilhem, dem Chef des Südkommandos der US-Streitkräfte, haben in Kolumbien für Aufregung gesorgt. Obwohl von keiner offiziellen Stelle der USA direkt eine militärische Einmischung in dem südamerikanischen Land vorgeschlagen wird, hat Wilhem bei Gesprächen mit mehreren Regierungen der Region durchblicken lassen, die kolumbianische Armee sei unfähig, die Guerilla zu besiegen. Im schlimmsten Fall könne letztere sogar innerhalb von fünf Jahren die Macht übernehmen.

Manche BeobachterInnen vermuten hinter den Erklärungen den Versuch, eine multinationale Eingreiftruppe zu stande zu bringen, die auf kolumbianischem Territorium eingesetzt werden könnte. Aus Angst vor den Auswirkungen eines Sieges der Revolutionäre auf ihre eigenen Länder, könnten mehrere Regierungen diesem Vorschlag offen gegenüberstehen. Die Drogenbekämpfung könnte als Vorwand dienen.

Dem US-Dementi stehen Aussagen mehrerer Mitglieder der nordamerikanischen Streitkräfte gegenüber. Sie berichten über Gerüchte in ihren Reihen über eine Intervention in Kolumbien. Es seien bereits Gruppen gebildet worden, die die geographische Lage der von der Guerilla kontrollierten Zonen studierten. Die kolumbianische Zeitung „El Espectador“ veröffentlichte Aussagen, nach denen das US-Militär spezielle Anti-Guerillaaktionen vorbereitet und den Spanischunterricht unter der Truppe verstärkt.

(Zusammenstellung: hav)

## Südafrika: Gewerkschaften protestieren gegen Arbeitslosigkeit

Die Führer der drei großen Gewerkschaften Südafrikas, COSATU, FEDUSA und NACTU, fordern die baldige Durchführung der von der Regierung angekündigten Konferenz über die Arbeitsmarktlage. Die Beschäftigungsrate hat den niedrigsten Stand seit sechzehn Jahren erreicht. Allein im letzten Jahr waren 115000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Mit Verweis auf das makroökonomische Programm GEAR (Groth Employment and Restitution), nach dem jährlich ein Zuwachs von 40000 Arbeitsplätzen stattfinden sollte, fordert Zwelinzima Vavi, zweiter Generalsekretär der COSATU, jede Wirtschaftspolitik danach zu beurteilen, inwieweit sie neue Arbeitsplätze hervorbringen kann. Wenn sie dazu nicht in der Lage sei, müsse sie verworfen werden. Seit Inkrafttreten von GEAR 1996 stieg die Arbeitslosenrate in Südafrika von 33% auf 40%. Nach Ansicht der Gewerkschaften resultiert die wirtschaftliche Krise aus den Jahren der Arpartheidsregierung, wo kapitalintensive Produktion in einem Land gefördert wurde, wo es nur knappe Kapitalressourcen, jedoch ein hohes Arbeitskräfteervoir gibt. Gegen eine blinde Liberalisierungspolitik auf Druck des internationalen Marktes fordern die Gewerkschaften die Förderung der eigenen Handelsbeziehungen und Schaffung von Arbeitsplät-

zen. Kritik wird auch an der Privatisierung der staatlichen Unternehmen geübt.

(Dagmar Gebhardt)

## Mexiko Chiapas: CIA und FBI – mit dabei

(Mexiko-Stadt, 28. April 1998, pulsar-Poonal).- Ehemalige Vietnam- und Koreakämpfer der USA haben versichert, daß mexikanische Militärs in den USA speziell für die Aufstandsbekämpfung in Chiapas trainiert werden. Die Mitglieder der nach dem nordamerikanischen Asien-„Engagement“ gegründeten Organisation „Veteranen für den Frieden“ berichten von 1500 mexikanischen Soldaten, die im vergangenen Jahr in zwölf US-Basen eine Ausbildung in der Guerillabekämpfung erhielten. Für dieses Jahr solle die Zahl auf mindestens 3 200 erhöht werden. Nach den Aussagen des Veterans Brian Wilson richtet sich das Hilfsprogramm für die mexikanischen Militärs nicht nur gegen die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN), sondern ebenso gegen die Revolutionäre Volksarmee (EPR). Letztere Aufstandsbewegung operiert hauptsächlich in den Bundesstaaten Oaxaca und Guerrero. Wilson, ehemaliges Mitglied der Luftwaffe seines Landes, sieht ebenso die Beratung von CIA- und FBI-Agenten in Chiapas als erwiesen an. Der Geheimdienst CIA soll Satelliten-Erkenntnisse über Position und Bewegungen der Za-



HAMBURG. Über 50 Menschen demonstrierten am 27. April vor und in der Ausländerbehörde gegen die beabsichtigten Kürzungen. Wie berichtet, hat der Bundesrat mit Unterstützung der Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes vorgelegt, wonach „geduldete und sonstige ausreisepflichtige“ Flüchtlinge künftig keine Sozialhilfe, kein Wohngeld und keine medizinische Versorgung mehr erhalten sollen, allenfalls „im Einzelfall unabweisbare Leistungen“, über deren Umfang der jeweilige Sachbearbeiter entscheidet. Erklärtes Ziel des bereits in erster Lesung vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurfs ist, Flüchtlinge durch „Aushungern“ zur „freiwilligen“ Ausreise zu zwingen.

Inzwischen ist der Entwurf in einer Expertenanhörung des Bundestages am 29. April scharf kritisiert worden. Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Sozialrechtswissenschaftler und Einzelgutachter fordern, die vorgesehenen Änderungen abzulehnen, weil sie mit den Menschenrechten und der Menschenwürde nicht vereinbar seien und einen Verstoß gegen Verfassungsgrundsätze wie z.B. das in der Verfassung verankerte Sozialstaatsprinzip darstellten. Außerdem zementierte der Gesetzentwurf die rassistische und völkische Vorstellung, daß es Menschen gäbe, denen ein Existenzminimum zusteht und andere, für die das nicht gilt. bab

## Erneut Rekrutengelöbnis abgesagt

FRANKFURT/ODER. Die Stadt Frankfurt (Oder) hat ein für den 15. August geplantes Öffentliches Rekrutengelöbnis der Bundeswehr abgesagt. Entsprechende Zeitungsberichte wurden gestern vom Bundesverteidigungsministerium in Bonn bestätigt. Das Gelöbnis hatte am ersten Jahrestag des Oder-Hochwassers stattfinden sollen, bei dem zahlreiche Soldaten eingesetzt waren. Den Medien zufolge wurde die Absage von Lokalpolitikern der SPD und der PDS durchgesetzt. Bundesverteidigungsminister Rühe verurteilte die Absage in einem Bild-Interview als „Beleidigung der Menschen dort und unserer Soldaten“.

Aus CL-Netz

## Grünen-Büro NRW besetzt

DÜSSELDORF. Am 4.5. haben Mitglieder antirassistischer Initiativen die Partezentrale der nordrhein-westfälischen Grünen besetzt, um auf die seit Wochen rebellierenden Gefangenen im Abschiebeknast Büren aufmerksam zu machen. Seit einer Woche befinden sich in Büren 200 Personen – offiziell zugegeben 30 – im Hungerstreik aus Protest gegen die Haftbedingungen. Bereits vor Wochen wurden

Hofgang, Sport, sonstige Gemeinschaftsveranstaltungen gestrichen, Sprecher der Inhaftierten wurden in andere Knäste verlegt oder abgeschoben. Die Bündnis/Grünen wurden aufgefordert, konkrete Informationen zur Situation in Büren zu geben und einen unkontrollierten Besuch von Medienvertreter/innen durchzusetzen.

Am 8. Mai nun konnten die Bündnis/Grünen einen kurzen Kontrollbesuch im Abschiebeknast Büren durchführen. Die Gefangenen fühlen sich „wie Tiere“, klagten die Sprecher der Gefangenen in einem Gespräch mit den Vertretern der Landtagspolitiker der Grünen, daß ohne die Gefängnisleitung stattfand.

Derzeit sitzen 500 Abschiebehäftlinge in Büren ein, Richter verhängten – oft im Drei-Minuten-Takt – immer wieder verlängerte Abschiebehaft. In einigen auf den ersten Blick besonders haarsträubenden Fällen nahm die Delegation Unterlagen zur Überprüfung mit.

Der Hungerstreik im Gefängnis, die Sitzblockaden u.ä. „Randale“ – wie es die Gefängnisleitung bezeichnet – sind inzwischen beendet, aber der Gefängnisalltag ist noch nicht wieder eingekehrt. Sport- und Freizeitmöglichkeiten sind nach wie vor eingeschränkt. Gefängnisleiter Wehrmeier hob hervor, daß man die

Lage ohne Hilfe der Polizei wieder in den Griff bekommen habe.

88% der Inhaftierten in Büren saßen 1997 bis zu drei Monate in Abschiebehaft, 12% länger, im Extremfall bis zur gesetzlichen Höchstdauer von 18 Monaten. Monatlich gehen und kommen 300 Männer in das Bürener Gefängnis.

Quelle: FR 9.5.1998, u.b

## Antifa-Landeskonferenz NRW: Den Einzug von Faschisten in den Bundestag verhindern!

ESSEN. Rund 90 Leute – etwas weniger, als von den Veranstaltern erwartet – beteiligten sich an der 20. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW. Sie fand diesmal am 9.5. in Köln statt. „Den rechten Konsens sprengen! Keine Faschisten in den Bundestag! Kein Wahlkampf auf Kosten von Menschen ohne deutschen Paß!“, durch den Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt und den NPD-Aufmarsch in Leipzig hatte diese Losung des Aufrufes besondere Aktualität erhalten. Auf der Konferenz war unbestritten, daß die immer schärfere soziale Spaltung der Gesellschaft eine Ursache für diese Entwicklung ist, ebenso wie die auf Abschottung und Ausgrenzung zielende Ausländerpolitik der Bundesregierung.

Anne Rieger, 2. Bevollmächtigte der IG Metall Waiblingen und bis vor kurzem Sprecherin der VVN-BdA Baden-Württemberg, setzte sich im Eingangsplenum mit der Sozialdemagogie der Rechten auseinander, die in der faschistischen Propaganda eine zunehmende Rolle spielt. Antifaschisten müssen sich stärker um soziale Forderungen kümmern, so ihre Schlußfolgerung. Anschließend diskutierten die Teilnehmer in sieben Arbeitsgruppen über die Formierung der faschistischen Organisationen, die Positionen der Rechten zum Euro, die Rolle der Faschisten in der Bundeswehr und die Verschärfung der Ausländer- und Flüchtlingspolitik.

Im Abschlußplenum ging es um Handlungsmöglichkeiten im Wahlkampf. Vorgestellt wurden örtliche Aktionen wie ein „Fairneßabkommen“, das der „Düsseldorfer Appell“ den für den Bundestag kandidierenden Parteien vorgeschlagen hat. An der Vereinbarung, die sich gegen rassistische Stimmungsmache richtet, will sich die CDU bisher nicht beteiligen. Die Aktion „Kein Mensch ist illegal“ warb für eine landesweite Demonstration gegen die Abschiebepolitik der rot-grünen Landesregierung NRW am 13.6. in Düsseldorf. Die Konferenz vereinbarte ein Schreiben gegen die Kandidatur faschistischer Organisationen an den Bundeswahlleiter, in dem auch die Frage aufgeworfen werden soll, ob man Parteien wie die DVU, die in Millionenhöhe bei ihrem Vorsitzenden verschuldet und damit von ihm völlig abhängig ist, überhaupt als demokratische Partei bezeichnen kann. wof

## Aus dem Leitlinien-Entwurf des Agenda-Teams

Die Thesen beschreiben eine zukünftige Stadt Augsburg, die im Sinne einer nachhaltig zukunftsfähigen Entwicklung versucht zu handeln.

A Ökologische Zukunftsfähigkeit: Erdatmosphäre und Klima schützen. Ressourcen schonen. Gesundes Stadtklima fördern. Biologische Vielfalt erhalten. Lärmbelästigungen vermindern. Sinnvoll Energie nutzen. Ökologisch mobil bleiben.

B Wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit: Region stärken. Sozialverantwortliche Wirtschaftsweise fördern. Wirtschaft durch umwelttechnologischen Wandel fördern. Bewußt konsumieren. Sozial und ökologisch planen und bauen. Stadtteile stärken. Mit allen Weltregionen zusammenarbeiten.

C Soziale Zukunftsfähigkeit: Beteiligung, Dialog und Konsens pflegen. In Bildung investieren. Sozialen Ausgleich schaffen. Einfluß für Kinder und Jugendliche verwirklichen. Gesundheit für alle ermöglichen. Zusammen leben. Initiativen fördern. Thesenbeispiel: C6 Zusammen leben: „Von Römern gegründet ist Augsburg durch seine Geschichte eine Stadt des Zusammenlebens verschiedener Nationalitäten, Kulturen, Religionen und Konfessionen. Dieses ‚Zusammenleben‘ ist geprägt von gegenseitigem Respekt, Gleichberechtigung und Dialog. Die unterschiedlichen Lebensformen, in denen Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder zusammenleben, werden als Bereicherung der städtischen Wohn- und Lebenskultur betrachtet.“

## Klimaschutz

# PDS Eberswalde tritt aus AG zurück

EBERSWALDE. In einem Brief an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde teilte jetzt das Mitglied der AG „Kommunales Klimaschutzkonzept“, Klaus Meißner (PDS-Fraktion), mit, daß er zukünftig die Mitarbeit in der AG einstellt. Als Grund nannte Klaus Meißner den fehlenden politischen Willen der Stadt, ihren Verpflichtungen aus dem Klimabündnis europäischer Städte nachzukommen.

Auf Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (damals noch unter dem Namen „Bündnis Barnim“) war die Stadt Eberswalde im Januar 1995 dem Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern beigetreten. Darauf bezugnehmend beschlossen die Stadtverordneten im April 1995 auf Initiative von Klaus Meißner die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Klimaschutzprogramms für die Stadt Eberswalde. Ein Jahr später wurde schließlich die Erarbeitung dieses Klimaschutzkonzeptes beschlossen, das nach einem weiteren halben Jahr im September 1996 im Entwurf vorlag. Im Herbst 1997 war dieses Dokument nach Auskunft der Stadtverwaltung noch immer „in der Diskussion“. In dieser „Diskussion“ verloren sich im Laufe des Jahres 1997 auch die Initiativen des Arbeitskreises „Alternative Energien“, zu dem sich Anfang 96 Unternehmer und Vertreter von gesellschaftlichen Organisationen zusammengefunden hatten.

In dem jetzt den Fraktionen und der AG als Diskussionspapier vorliegenden „Maßnahmenplan für den Klimaschutz in der Stadt Eberswalde bis zum Jahr 2005“, so Klaus Meißner, finde sich nur wenig wieder, was in den letzten beiden Jahren vor allem an ehrenamtlicher Arbeit geleistet wurde. In seinem Brief schreibt er: „Unter anderem war der von mir für Qualifizierung und Zuarbeit betriebene Aufwand, besonders zu den Themen Mobilität, Wohnökologie und Öffentlichkeitsarbeit, sachlich sinnlos. Er fand keinen Niederschlag in dem vorliegenden „Maßnahmenplan für den Klimaschutz in der Stadt Eberswalde bis zum Jahr 2005“. Der erforderliche Beitrag zur Erfüllung der Verpflichtung der Stadt als Mitglied im Klimabündnis europäischer Städte hat keinen Stellenwert in der Prioritätenliste der Verwaltungsspitze der Stadt Eberswalde. Der Machbarkeitsbegriff als Forderung der Verwaltung bedeutet für mich Beliebigkeit aus ihrer Sicht und nicht Machbarkeit aus der Notwendigkeit abgeleitet. Die Stadt sollte ehrlich sein. Wenn der politische Wille zum kommunalen Klimaschutz nicht vorhanden ist, sollte sie aus dem Klimabündnis europäischer Städte austreten.“ (Aus: *Barnimer Bürgerpost*, 316227 Eberswalde, 1.5.98)

## Mitglieder des Fachforums Energie stellen Arbeit ein – Harte Kritik am OB

# Agenda 21 sollte eigentlich Dialog fördern

AUGSBURG. Das Fachforum Energie war das erste der vier arbeitenden Foren im Rahmen des Augsburger Agendaprozesses, den Mitglieder der Werkstatt Solidarische Welt und Bund Naturschutz vor zwei Jahren anstießen. Jetzt haben die 24 regelmäßigen Mitglieder des Energieforums aus Protest ihre Arbeit eingestellt. Sie wollen erst wieder aktiv werden, wenn die Stadtverwaltung den Agenda-Prozeß ernst nimmt. Der OB verspricht neue Spielregeln, aber keine Mitwirkungsrechte.

Mehrere Dinge brachten das Faß zum Überlaufen. Die Forumssprecher erklärten in der Zeitung, sie hätten 1150 ehrenamtliche Arbeitsstunden geleistet – und das weitgehend vergeblich. Das Forum setzte sich intensiv ein für eine kostendeckende Vergütung von Solarstrom, doch der Werksausschuß blockte dies ab. Es leitete zahlreiche Anregungen weiter und stellte Anfragen, die kaum beachtet wurden. Briefe an das OB-Referat werden nicht oder nur sehr spät beantwortet. Und als dann auch noch das Agenda-Team seinen Leitlinien-Entwurf für eine „Augsburger Agenda 21“ an 100 Organisationen – darunter sämtliche Referate der Stadt – schickte und sie zur Stellungnahme aufforderte, kam vom OB ein Machtwort. Während er noch vor einem

Jahr aufrief „Alle sollen sich einbringen in diese große Gemeinschaftsaufgabe“, ist ihm das nun zuviel. Die vielen Anfragen und Anregungen haben die verschiedenen Stadtreferate anscheinend so unter Druck gebracht, daß selbst die Referentenbesprechung mit dem OB damit befaßt war. Die größte Sorge des OB ist nun, daß die Stadt „mit einer Stimme sprechen“ muß. Dafür kündigt er neue „Spielregeln“ an. Welch passendes Wort: Der OB will es beim Spiel lassen und echte Mitwirkungsmöglichkeiten von betroffenen, engagierten und fachkundigen Leuten vereiteln. Um das zu verhindern, fordern die Stadtratsgrünen den OB nun auf, „mit den Bürgerinnen und Bürgern in Dialog zu treten“. Konkret verlangen sie: „Der Agenda 21-Prozeß wird vom Umweltreferat koordiniert. Dies darf aber nicht bedeuten, daß die restlichen Mitglieder der Stadtspitze sich aus dem Prozeß verabschieden und die Arbeit in den Foren ignorieren können. Vielmehr sollte die Stadtspitze oder von den Referenten hierfür ausdrücklich delegierte Mitarbeiter bei Bedarf der Foren die Stadt in den Foren vertreten.“

Dem OB bzw. der CSU wird aber nicht nur der Mitwirkungsdrang zugesetzt, sondern auch die fortschrittliche Richtung,

die in dem Leitlinienentwurf angelegt ist. Diese kann man aus den aufgelisteten Stichworten (s.o.) schon erkennen.

Ins Auge sticht die These C6, die sich direkt gegen Ausgrenzung und Ungleichbehandlung wendet. Sie setzt dem „Bürger“-Begriff der CSU etwas entgegen. baf



# Lokale Agenda 21

für ein zukunftsfähiges Augsburg

**Mietshäuser Syndikats stellt an die Stadt Kaufantrag für Haus 49 auf Vauban-Gelände**

# **Projekt „Rasthaus Freiburg“**

**FREIBURG.** Das Mietshäuser Syndikat, Freiburgs junges Bau- und Stadtentwicklungs-Unternehmen, hat eine neue Partnerin gefunden. In Zusammenarbeit mit der Initiative Kein Mensch ist illegal planen wir das Rasthaus Freiburg: Haus 49 auf dem Vauban-Gelände soll als Zuflucht für Flüchtlinge umgewidmet und ausgebaut werden. Die öffentliche Erklärung der Initiative ist beigefügt.

**Grundstückskauf:** Noch gehört Haus 49 zum staatlichen Bezirkssammellagers für Asyl auf dem Vauban-Gelände. Dessen Auflösung ist geplant, aber vorerst verschoben worden. Spätestens in 4 Jahren, wenn der Pachtvertrag ausläuft, werden die ehemaligen Kasernengebäude samt Grundstück an die Stadt Freiburg zurückgegeben. Dann wollen wir das Haus kaufen. Käuferin wird die eigenständige Rasthaus-Freiburg-GmbH. Neben dem Mietshäuser Syndikat ist als zweiter Gesellschafter der Hausverein vorgesehen, der die Initiative kein Mensch ist illegal und andere NutzerInnengruppen umfaßt. Der Hausverein verwaltet das Gebäude demokratisch in Selbstorganisation.

**Stadtentwicklung:** Das Sammellager für Asyl soll geschlossen werden, weil die Flüchtlingszahlen durch Abschiebung und hermetische Abdichtung der Grenzen Europas auf praktisch Null reduziert werden sollen. Dem soll das Rasthaus Freiburg entgegenwirken: wir wollen, daß Flüchtlinge nach Deutschland kommen und nach Freiburg. Der Standort im Dreiländereck, die Nähe zu Frankreich und zur Schweiz, sind besonders günstig. Das Rasthaus Freiburg als Zuflucht und Anlaufstelle: Kontakt zu AnwältInnen und ÄrztInnen, zu MigrantInnen und Asylgruppen; Beherbergung und Vermittlung von Unterbringungsmöglichkeiten; Treffpunkt und Zugang zu einer Infrastruktur, die der staatlichen Vertreibung und Illegalisierung entgegenwirkt.

**Kaufantrag:** Am 15.9.97 hatte sich das Mietshäuser Syndikat bei der Stadt Freiburg für den Kauf von Haus 49 beworben; am 9.10.97 auch bei der Landesentwicklungsgesellschaft LEG, die die Grundstücke des Vauban-Geländes im Auftrag der Stadt vermarktet. Anlaß war der Appell des Bürgermeisteramts an GrundstückseigentümerInnen und BetriebsinhaberInnen, geeignete Ersatzobjekte für die KTS Vauban zu benennen (Stadtantrichtungen vom 15.8.97). Das besetzte Haus 34 auf dem Vauban-Gelände sollte zwangsgeräumt und abgerissen werden. Vorschlag des Mietshäuser Syndikats war, Haus 49 zu kaufen und nach



Freiwerden an die KTS zu vermieten, als selbstorganisiertes Mietshausprojekt.(...)

**Bewährtes Konzept:** Das Konzept für Trägerschaft und Finanzierung wird auf die gleiche Weise gestaltet wie bei anderen selbstorganisierten Projekten, an denen das Mietshäuser Syndikat beteiligt ist: Grether Ost, Villa Nostra (Bad Krozingen), S.U.S.I., Rennerstr. 12, Grether Maschinenhalle. Wir gehen davon aus, daß viele FreiburgerInnen das Projekt unterstützen: sie zeichnen Syndikat-Anteile oder gewähren Privatdarlehen, die eine solide Finanzierung ermöglichen.

**Investitionen:** Das Mietshäuser Syndikat wird der Stadt Freiburg den regulären Grundstückspreis bezahlen. Das Grundstück liegt im zukünftigen Gewerbegebiet Vauban entlang der Wiesentalstraße. Der Preis beträgt nach Auskunft der LEG derzeit etwa 350 DM/m<sup>2</sup>. Je nach Zuschchnitt des Grundstücks rechnen wir mit 600 000 DM Kaufpreis, mit 1 DM als symbolischem Preis für das eigentlich zum Abriß vorgesehene Gebäude und mit einem Preisnachlaß von 300 000 DM für die ersparten Abrißkosten. Bleiben 300 000 DM Netto-Erwerbskosten.

Haus 49 ist mit etwa 1400 m<sup>2</sup> Nutzflächen geräumig genug, um neben der Funktion als Rasthaus Freiburg weiteren Initiativen Platz zu bieten: Werkstätten, Ateliers, Bauhof, Übungsräume, Schule, Tauschhaus, kleiner Saal, HausmeisterInnenwohnung. Aufgrund der guten Bausubstanz und der Grundrisse als ehemaliges Kasernen-Wirtschaftsgebäude sind nur geringe Bauaufwendungen notwendig. Dafür veranschlagen wir grob geschätzt 500 DM/m<sup>2</sup> Nutzfläche, das sind 700 000 DM. Zusammen mit den Erwerbskosten rechnet das Mietshäuser Syndikat mit ca. 1 Mio. DM Investitionskosten.

**„Quartier Vauban... offen für Sie“:** So lautet ist der Titel des Werbeprospekts der Stadt Freiburg zur Vermarktung der Baugrundstücke auf dem Vauban-Gelände. Er richtet sich an „Bauherren, Bauträger und Investoren“ und beginnt mit dem Grußworten des Oberbürgermeisters: „Willkommen in unserer Stadt Freiburg...“ In diesem Sinne erwartet das

Mietshäuser Syndikat, Freiburgs kleinstes Bau- und Stadtentwicklungs-Unternehmen, konstruktive Verhandlungsge- spräche mit der Stadt über das Projekt Rasthaus Freiburg

**Erklärung des „rasthaus Freiburg“:** Das Haus 49 auf dem Vauban-Gelände, jetzt noch Teil des staatlichen Bezirkssammellagers für Asyl, ist bald frei, da Abschreckung, Repressionen sowie fast lückenlose Grenzüberwachung dazu führen, daß kaum noch Flüchtlinge den Weg in die BRD schaffen und das Lager somit seine Funktion verliert.

Die Freiburger Arbeitsgruppe der bundesweiten Initiative „kein mensch ist illegal“ hat sich daher entschlossen, das Haus 49 zu kaufen, um in ihm das Projekt „rasthaus Freiburg“ zu realisieren.

Als Teil des Lagers ist das Haus bisher ein Ort, an dem sich der totale Verfügungsanspruch des Staates über Flüchtlinge manifestiert. Von hier aus wird die Erfassung, Aussortierung und Isolierung von Menschen betrieben, die keinen Platz hier haben sollen.

Wir möchten das Haus kaufen:  
als Symbol ...

- für unseren Willen, allen Flüchtlingen, die in die BRD kommen, Schutz zu gewähren.
- für unseren Widerstand gegen Verhältnisse, in denen Menschen über andere Menschen verfügen können.
- für unseren Widerstand gegen Verhältnisse, die Menschen einteilen in „legale“ und „illegal“.
- für unseren Willen, uns gegen den praktizierten Rassismus zu stellen.

als Praxis ...

Das kann heißen:

- die Beherbergung von Flüchtlingen und die Vermittlung von anderen Wohnmöglichkeiten.
- die Einrichtung eines Informationsbüros, in dem die bestehenden Asylgruppen gemeinsam Unterstützungsarbeit leisten können.
- die Vermittlung von medizinischer Hilfe, da die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen nicht mehr gewährleistet ist.
- die Einrichtung eines selbstorganisierten Cafes mit Küche, in welchem Flüchtlinge die Möglichkeit haben, ihren kulturellen Gewohnheiten entsprechend zu kochen und zu essen.
- die Einrichtung von kostenlosen Deutschkursen, die das bestehende, jedoch keineswegs ausreichende Angebot in Freiburg ergänzen.

In dem Haus soll aber vor allem Platz für Ideen sein, welche die Flüchtlinge mit nach Freiburg bringen. Das rasthaus Freiburg könnte dies sein: Ein Ort, an dem Geflüchtete sich ausruhen können und an dem sie auf Menschen treffen, die ihnen ihr Bleiberecht nicht absprechen wollen.

**Beteiligungen in jeder Form sind erwünscht!** –MIETSHÄUSER SYNDIKAT, Adlerstr. 12, 79098 Freiburg  
Telefon: 0761 / 281892

## ... aus der Tabuisierung holen ...

Den nachfolgenden Bericht über Aktivitäten im politischen Zusammenhang mit der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ im Rhein-Main-Gebiet haben wir dem Rundbrief entnommen, der von der AG für Freies Fluten, Hanau (AG3F) zusammengestellt wird:

40 bis 80 BesucherInnen kamen jeweils zu den fünf Veranstaltungen der „Kein Mensch ist illegal“-Reihe in verschiedenen Rhein-Main-Städten. Dies signalisiert ein doch vergleichsweise reges Interesse und konnte – auch wenn vor allem die „Szene“ angesprochen war – zufriedenstellen.

Thematisch am „spannendsten“ und auch am besten besucht war die Veranstaltung in Frankfurt zur Fluchthilfe. Roland Wanitschka berichtete von seiner Weiter-Fluchthilfekriminalisierung, und danach wurde ein Tonbandinterview eingespielt, in dem ein iranischer Flüchtlings über seinen Weg von Istanbul über Kiew und Prag bis Berlin befragt wurde. Darin beschrieb er auch seine Erfahrungen mit einer relativ fair arbeitenden kommerziellen Fluchthilfestruktur. Anschließend schilderte ein eritreischer Mann vom Podium aus seine ganz ähnlichen Erfahrungen mit einem ebenfalls sehr nüchternen bis achtungsvollen Verhältnis zu denen, die die notwendige Dienstleistung Fluchthilfe verkaufen. Die Beiträge dieser Vortagsrunde boten dann auch genug Anlaß für eine offene, kontroverse Diskussion. Die mußte schon allein zeitlich in Ansätzen steckenbleiben, aber die an die Veranstaltung gesetzten Erwartungen, nämlich gerade auch die kommerziellen Fluchthilfe aus der Tabuisierung holen und dem selbst unter Linken verbreiteten Klischee ein differenziertes Bild entgegenzusetzen, sind voll erfüllt worden (Beiträge auf Cassette, über AG3F).

Vom Veranstaltungabend zur Karawane ausgehend hat sich jetzt in Frankfurt ein (regionaler) Vorbereitungskreis gebildet. In Rhein-Main soll es vier Stationen geben, neben Hanau und Frankfurt auch in Wiesbaden und Mainz. In Hanau gibt es bereits seit einiger Zeit ein Karawanenkomitee, das auch von mehreren lokalen Migrantengruppen getragen wird. Mit einem ersten eigenen, mehrsprachigen Flugblatt wurde kürzlich zu einer Veranstaltung in einem kurdischen Zentrum eingeladen, zu der ca. 50 Leute kamen.

Ein Rundbrief-Abo gibt es für 20 DM bei der AG für Freies Fluten, Metzgerstr. 8, 63450 Hanau, Tel/Fax: 06181/ 184892, Email: AG3F@OLN.comlink.apc.org.

Überweisung an: H. Kopp, Kto. 100177837, SPK Hanau, BLZ 50650023

**BÜNDNIS: München.** Am Tag nach dem Erfolg der DVU bei der Landtagswahl in

Sachsen-Anhalt hat OB Christian Ude (SPD) ein „Münchener Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat“ gefordert. Zur Sitzung am 14. Mai wurden neben den Vereinen „Die Lichterkette – eine Stadt sagt Nein“ und „Gegen das Vergessen – für Demokratie“ Vertreter der Gewerkschaften und Jugendverbände, des Bildungswesens, der Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie der Wirtschaft eingeladen. Sie sind aufgerufen, sich auf einen Appell zu verständigen, Informationen über die DVU und ihre Propagandatechnik auszutauschen und alle Möglichkeiten der Aufklärung und Bewußtseinsbildung speziell im Bereich der jüngeren Generation gut koordiniert auszuschöpfen.

**BILDUNGSABBAU: Frankfurt/Main.** Der Magistrat hat jetzt formell beschlossen, die Volkshochschule in einen Eigenbetrieb umzuwandeln. Erste Ergebnisse der neuen „Wirtschaftlichkeit“ sollen darin bestehen, spezielle Kurse für Ausländer zu streichen und Kurse, die schulische Abschlüsse vorbereiten, zu verkürzen.

**KINDERBETREUUNG: Stuttgart.** Der Gesamtelternbeirat für Kindergärten protestiert gegen die Erhöhung der Besuchsgelder für städtische Kindergärten. In seinem Brief vom 3. Mai an den Jugendamtsleiter und die Stadtratsfraktionen heißt es u.a.: „Kinderbetreuung kann auch nicht nach kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden ... Deshalb sind wir als Gesamtelternbeirat der Meinung, daß Kinderbetreuung und Erziehung eine hoheitliche gesellschaftliche Verpflichtung darstellt, so daß Kindertagesstätten den Schulen gleichgestellt werden, somit Teil des Bildungs- und Erziehungssystems sind und von daher langfristig kostenlos zur Verfügung gestellt werden müßten ...“

**INTERNET-URTEIL: Bad Kohlgrub.** Dürfen Beschlüsse und Diskussionen aus den öffentlichen Sitzungen bayerischer Gemeinde- und Stadträte im Internet veröffentlicht werden? Das Landratsamt von Garmisch-Partenkirchen meint nein und rügte einen im Internet aktiven Gemeinderat der oberbayerischen Gemeinde Bad Kohlgrub (Kreis Garmisch-Partenkirchen). Daraufhin wandte sich dieser mit einer Petition an den Landtag. Seine Eingabe wurde nun abgelehnt. Das Innenministerium begründet dies so: Die Veröffentlichung von Sitzungsniederschriften im originalen Wortlaut ist nur mit Zustimmung der Gemeinde zulässig, und ein privater Bericht darf nicht den Eindruck erwecken, als handele es sich um eine Gemeinde-

veröffentlichung. Im schrankenlosen Internet mit seiner weltweiten Verbreitung müsse besonders sensibel vorgegangen werden, was den Datenschutz angeht, insbesondere wird davor gewarnt, per automatisierter Auswertung „Anwesenheitsprofile“ von Gemeinderatsmitgliedern zu erstellen und „personenbezogene Angaben von Antragstellern und Eingabeführern“ aus den Sitzungen weltweit zu sammeln und auszuwerten. Hier seien sogar „haftungsrechtliche Folgen für die Gemeinde“ nicht auszuschließen. Damit es dazu nicht kommt, sollen alle Bürgernetzmitglieder vor der Veröffentlichung von Gemeindeangelegenheiten im Netz „Einvernehmen mit der Gemeinde herstellen“. Dies gelte auch für die Tagesordnungen. Deren öffentliche Verbreitung „sollte der Bürgermeister weiter in der Hand haben“.

Das Kohlgruber Gemeinderatsmitglied fügt jetzt seiner Tagesordnungsveröffentlichung im Netz die „nichtamtliche Anmerkung“ hinzu „Besuchen Sie uns auf jeden Fall, und informieren Sie sich über die Gemeindepolitik“.

**KONZERNPOLITIK: Augsburg.** Mit einer Resolution hat die Augsburger SPD die Kommunalpolitiker und die Siemens-Nixdorf-Firmenspitze aufgefordert, in den Verkaufsverhandlungen mit dem taiwanischen Konzern Acer die weitere Gültigkeit der Tarifverträge durchzusetzen. Es ist zu befürchten, daß 2000 der heute 2400 Beschäftigten in die neue Firma ausgliedert werden und nach einem Jahr ihre Tarifansprüche verlieren. Die SPD rechnet vor, daß die Stadt früher die Siemens-Ansiedlung durch großes Entgegenkommen ermöglicht habe und erwartet deshalb wenigstens Verhandlungsbereitschaft.

**„SOZIALMISSBRAUCH“: München.** Die CSU-Staatsregierung hat überraschend den für Ende Mai angekündigten ersten bayerischen Armutsbericht gestoppt. Er bedürfe „grundlegender Überarbeitung“, so Sozialministerin Stamm. SPD und Grüne protestieren dagegen, sie vermuten darin Wahlkampfstrategie. An dem 524 Seiten starken Bericht haben sieben Institute und Einzelwissenschaftler, darunter auch einer des DGB Bayern mitgewirkt. Die *Süddeutsche* veröffentlichte einige Daten aus dem unter Verschluß genommenen Report. Daraus geht hervor, daß nur jeder zweite Anspruchsberechtigte die Sozialhilfe tatsächlich in Anspruch nimmt. Damit muß man in Bayern von tatsächlich rund 470 000 Sozialhilfeberechtigten ausgehen. Während es also einen massenhaften Verzicht auf Sozialhilfe gibt, brachte die Staatsregierung soeben im Bundesrat eine Initiative gegen Sozialmissbrauch ein. Diese wurde zunächst in die Ausschüsse verwiesen.

Zusammenstellung: baf



1. Mai 1998: vielerorts führte der DGB erstmals seit längerem wieder Demonstrationen durch, die Reden waren bestimmt von der Kritik an der Bundesregierung, entsprechend dem Motto „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Unsere Bilder geben Eindrücke wieder aus Stuttgart (oben links), Hamburg (darunter und oben rechts), Köln (links und links unten), München (daneben) und Augsburg (ganz unten).

**TEILERFOLG GEGEN FLEXIBILISATION:** In Anlehnung an den im letzten Jahr abgeschlossenen Tarifvertrag über das ganzjährig gesicherte Einkommen versuchten dieses Jahr Baukonzerne wie die Hochtief AG, schlechtere Betriebsvereinbarungen durchzusetzen. So unterschrieben die Betriebsräte der Hochtief AG – unter massiven Druck der Geschäftsleitung, noch mehr Leuten zu kündigen – Vereinbarungen, die unter dem Tarifvertrag blieben. Die Vereinbarung bei der Hochtief AG sah die Möglichkeit vor, 215 Stunden im Jahr vorarbeiten zu lassen statt 150. Ferner sollte die gesetzliche Regelung zur Lohnfortzahlung statt die bessere tarifliche Regelung gelten. Als weiteres Ziel strebte die Geschäftsleitung Arbeitszeiten je nach Bedarf der Baustellen an: Kommen die Steine erst um 10 Uhr, brauchen die Maurer auch nicht eher zu kommen. Ein Recht der Bauarbeiter, selbstbestimmt ihre

Guthabenstunden zu nehmen, ist in diesem Konzept nicht enthalten. Eine massive Leistungsverdichtung wäre die Folge. Das konnte erstmal verhindert werden, nicht zuletzt wegen des Widerspruchs der Bauarbeiter. So gab es auf der letzten Belegschaftsversammlung der Hochtief ZN Essen lautstarken Protest gegen die neuen Zumutungen. An einer spontanen Arbeitsniederlegung im Rahmen der Tarifverhandlungen auf der Großbaustelle Stern in Essen beteiligten sich alle Anwesenden, auch aus Unmut über die betrieblichen Verhältnisse. Darüber hinaus erklärten sich mehrere Beschäftigte bereit, gegen die neue Betriebsvereinbarung zu klagen bzw. sich nicht daran zu halten. Das wäre rechtlich möglich gewesen, da die Vereinbarung nicht rechtmäßig war. Mittlerweile hat der Vorstand der Hochtief AG nach Gesprächen mit der IG BAU und den Betriebsräten die Vereinbarung bundesweit wieder

außer Kraft gesetzt. Andere große Unternehmen sind dem nach Angaben der IG BAU gefolgt. Damit ist ein Teilerfolg erzielt worden. Trotzdem werden die Baukapitalisten ihre Linie weiter verfolgen. *tja*

**TARIFVERHANDLUNGEN KINO** Die Tarifvertragsparteien der Kino-Branche haben am 30. April 1998 mit den Verhandlungen über einen neuen Bundes-Tarifvertrag begonnen. Die IG Medien fordert die Erhöhung aller Stundenlöhne um eine Mark, die stufenweise Anhebung der tariflichen Jahresleistung von derzeit 500 DM auf ein Monatseinkommen. Außerdem sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten, Zuschläge für Nachtarbeit und Mehrarbeit wahlweise in Geld oder in Form von Freizeit zu nehmen. Die IG Medien stellt in den Verhandlungen dar, daß die Forderungen für die insgesamt gut verdienende Kino-Branche gerechtfertigt sind.

Die Arbeitgeber des Hauptverbandes Deutscher Filmtheater (HDF) sprachen unter dem Protest der IG Medien dagegen von einer „neuen Armut“ der Kino-Betriebe, vor allem der Multiplexe. Deshalb müßten die Personalkosten gesenkt werden. Insbesondere bei den Zuschlägen für Nachtarbeit und Mehrarbeit sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bluten. Die Forderungsliste des HDF würde nach ersten überschlägigen Berechnungen der IG Medien die Einkommen um rd. fünf Prozent absenken. Dies hat die Verhandlungskommission als untragbar zurückgewiesen. Ein Angebot zur Erhöhung der Stundenlöhne legte der HDF nicht vor. Der Auftakt der Tarifverhandlungen verheißt für die nächsten Monate eine äußerst schwierige Runde. Als neuer Verhandlungstermin wurde der 26. Mai 1998 vereinbart. *PM, 30. April 1998*

*Zusammenstellung: alk*

# **Große Euro-Koalition gegen Arbeitnehmer**

Der Bundestag hat am 2. April im Rahmen des Euro-Einführungsgesetzes Feiertagsarbeit für Bankangestellte an den auf einen Werktag fallenden Feiertagen zugelassen, die nicht in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Feiertag sind.

Uneinheitliche Feiertage in Europa sind alle Feiertage mit Ausnahme des 25. Dezember und des 1. Januar. Aufgrund der kurz vor der 2. und 3. Lesung über den Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales eingebrachten Ergänzung des § 10 Arbeitszeitgesetzes sollen Bankangestellte im Zahlungsverkehr, im Geld-, Devisen-, Wertpapier- und Derivatehandel an allen sonstigen Feiertagen künftig arbeiten dürfen. Nach dem Sonntags-Backverbot sollte jetzt auch noch das „Sonntags-Bankverbot“ fallen. Dies konnte die Gewerkschaft HBV noch verhindern. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Dem Antrag von CDU/CSU und FDP im Ausschuß für Arbeit und Soziales auf Freigabe der Feiertagsarbeit für Bankangestellte hatten am 24. März auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt. Einzig die PDS stimmte dagegen, wie auch einige Tage darauf bei der Bundestagsabstimmung. In Flugblattaktionen begann die HBV über die Gesetzesänderung zu informieren (s. Politische Berichte 8/98, S. 21) und bombardierte sozialdemokratische Funktionsträger mit Protestbriefen, allen voran die Ministerpräsidenten der SPD-regierten Bundesländer.

.... Aufgrund dieses hektischen Verfahrens gehe ich davon aus, daß die Änderung des Arbeitszeitgesetzes mittels Art. 14a EuroEG nicht angemessen behandelt werden konnte und durch dieses Eilverfahren ausführliche Beratungen, Diskussionen und Bewertungen unmöglich wurden. Angesichts der Bedeutung von zunehmender Feiertagsarbeit halte ich es für höchst problematisch und nicht akzeptabel, wenn auf diese Weise grundlegende Veränderungen im Arbeits- und Lebensalltag von Angestellten durch den Gesetzgeber durchgesetzt werden .... Auch dann, wenn in den allermeisten Euro-Ländern wie Deutschland ein Feiertag ist, z.B. der 1. Mai oder der 2. Weihnachtsfeiertag, wird dennoch zukünftig in deutschen Banken an diesen Feiertagen gearbeitet ... Diese Änderungen sind nicht zwingend notwendig. Schon seit Jahrzehnten werden Zahlungsverkehr und Wertpapierhandel von deutschen Kreditinstituten weltweit betrieben. Eine Verrechnung über Valutenstellung ermöglicht es den Instituten, auf eine Echtzeitverarbeitung zu verzichten ... Auf die Bankangestellten warten mit der Einführung des Euro in erheblichem Umfang zusätzliche Aufgaben, die im Interesse der Kunden reibungslos bewältigt wer-

den sollen. Den Angestellten tendenziell sämtliche Freizeitanprüche anlässlich der Feiertage nehmen zu wollen, ist angesichts anderer, durchaus praktikabler technisch-organisatorischer Abwicklungsmöglichkeiten inakzeptabel.“ (aus einem Schreiben des Hauptvorstandes der HBV an die Ministerpräsidenten der Bundesländer)

Die SPD-Länder mit ihrer bisherigen Zweidrittelmehrheit hätten über den Bundesrat die Gesetzesänderung kippen können. Doch anstatt daß eine inhaltliche Antwort auf die HBV-Schreiben gekommen wäre, stieß die Gewerkschaft durch eigene Recherche auf einen Gesetzesintrige, die weit mehr Arbeitnehmer über den Banken- oder Dienstleistungsbereich hinaus treffen sollte. Das Wirtschaftsministerium des Landes Hessen, angeführt von Lothar Klemm, SPD, hatte über den Wirtschaftsausschuß des Bundesrates eine zusätzliche Novellierung des Arbeitszeitgesetzes angestoßen, die der Bundesrat in das Euro-Einführungsgesetz einbringen sollte: *In § 13, Abs. 5 Arbeitszeitgesetz wird nach dem Wort „Betriebszeiten“ das Wort „und“ durch das Wort „oder“ ersetzt.*

Mit diesen semantischen Laubsägearbeiten wäre die berüchtigte Konkurrenzklause des Arbeitszeitgesetzes noch weiter verschärft worden. Danach können schon seit 1994 Betriebe an Sonn- und Feiertagen arbeiten, sofern sie die gesetzlich zulässigen wöchentlichen Betriebszeiten (Montag 0 Uhr bis Samstag 24 Uhr) bereits voll ausgeschöpft haben und die Konkurrenz im Ausland auch an Sonn- und Feiertagen arbeitet. Dieses „und“ sollte nach Lothar Klemms Willen in „oder“ verwandelt werden. Das heißt, es würde für eine Ausnahmegenehmigung ausreichen, einen Betrieb im Ausland zu nennen, der in der gleichen Branche bereits sonn- oder feiertags arbeitet.

Mit der Gesetzesänderung war Klemm als Postbote der Frankfurter Großbanken unterwegs. Nicht umsonst ist er Mitglied im Verein Finanzplatz e.V., der vor zwei Jahren vom Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Börse AG, Werner Seifert aus der Taufe gehoben wurde. Im Vorstand dieses Vereins dürfen sich Hans Eichel, Ministerpräsident, von Frau Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, und Hans Welteke, LZB Hessen, durch Bank- und Industriegrößen von Allianz über Bayer, Dresdner, Deutsche und Commerzbank bis hin zu Siemens die Sorgen der Wirtschaft näher bringen lassen.

Von den Banken ließ Klemm sich offensichtlich auch die Antragsbegründung schreiben, wonach internationale Aktienemissionen nur unter Einbeziehung des Sonntags möglich seien und bei einem weiteren Sonntagsarbeitsverbot

„ein Verlust von Arbeitsplätzen am Finanzplatz Deutschland die zwingende Folge“ seien. Wie schon bei der Feiertagsarbeit so interessierte diesen Herrn die Meinung der zuständigen Fachgewerkschaft einen Dreck.

Am 27. April wurde der Antrag über den Wirtschaftsausschuß des Bundesrates in die Agenda des Bundesrates für die Sitzung am 8. Mai eingebracht, am 29. April erfuhr die Gewerkschaft HBV von diesem skandalösen Ansinnen. Am 1. Mai wurde die Angelegenheit bereits öffentlich durch die HBV-Vorsitzende Mönig-Raane auf der 1.-Mai-Kundgebung in Frankfurt gebrandmarkt. Beim traditionellen „Mahl der Arbeit“ im Frankfurter Römer thematisierte der Frankfurter DGB-Vorsitzende den Skandal vor den geladenen SPD-Funktionsträgern, in Brandenburg wurde Ministerpräsident Stolpe durch die HBV angegangen, in Hessen Ministerpräsident Eichel durch



HBV, DGB und DAG. Im Regierungskabinett in Wiesbaden kam es zu Verstimmungen, das Ministerium für Arbeit und Soziales unter Führung von Frau Stolterfoht und der Ministerpräsident zeigten sich uninformed über die Klemm-Initiative. Der Antrag wurde nach einer telefonischen Koordination der Staatssekretäre der Arbeits- und Sozialministerien von den SPD-Ländern nicht mehr unterstützt.

Die Feiertagsarbeit jedoch passierte sang- und klanglos den Bundesrat am 8. Mai. Die HBV nimmt diese Gesetzesänderung nicht hin, da sie ohne breiten gesellschaftlichen Konsens zustande gekommen ist. Das Bündnis mit den Kirchen wird nach dem Vorbild des bayernweiten Bündnis „Offensiv den freien Sonntag schützen“ gesucht. Die Rücknahme der Gesetzesänderung soll Wahlprüfstein für die Bundestagswahl werden. Die HBV fährt dabei die Linie, Euro ja, aber nicht unter diesen sozialen Bedingungen. Harmonisierung in Europa nur in europaweitem Konsens mit den Arbeitnehmerorganisationen. *gst*

## Vorstand und Aktionäre haben gut lachen

Das letztjährige Rekordergebnis der BASF wurde durch ein neues abgelöst. Der Umsatz stieg markant um 14,4% (plus 7004 Millionen DM) und zwar in erster Linie aufgrund einer Zunahme der Absatzmengen um 8,9%, d.h. mit erneut wieder reduzierter Belegschaft wurde wesentlich mehr produziert. Zum Teil ist dieses Ergebnis aber auch den günstigen Wechselkursen, der abgewerteten DM, zuzuschreiben. Das Ergebnis nach Steuern stieg um plus 16%.

### Der Shareholder-value regiert und füllt die Konten ...

„Umsatz und Ergebnis erreichten Spitzenwerte. Die Gesamtkapitalrendite verbesserten wir auf 12,6%“, verkündet Vorstandsvorsitzender Strube, „der Globalisierer“ (*Rheinpfalz*) im Geschäftsbericht den Aktionären. Diese bekommen statt 1,70 DM Dividende je 5-DM-Aktie dieses Jahr 2 DM je Aktie, dazu eine Steuergutschrift – die Couponschneiderei muß sich schließlich richtig lohnen – von 0,89 DM je Aktie. Damit schüttet die BASF 1 244 Millionen DM an ihre Aktionäre aus, also 193 Millionen DM mehr als im Vorjahr. Pro Dividende hat sich die Ausschüttung gegenüber dem Vorjahr um fast 18% erhöht. Sie ist damit auf einen historischen Höchststand geklettert. Der Vorstand rechnet im Geschäftsbericht, der erstmalig zwei Seiten Abhandlung über die BASF-Aktie enthält, vor: Ein Anleger, der am 1. Janur 1993 einmalig 10 000 DM in BASF-Aktien investiert und die jährlichen Dividenden (ohne Steuergutschrift) wieder in BASF-Aktien angelegt hat, steigerte den Wert seines Depots bis Ende 1997 auf 35 534 DM. Daraus ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Rendite von 28,9 Prozent, die deutlich über dem vergleichbaren DAX-Wert von 22,4 Prozent liegt.“ (Geschäftsbericht 1997, S. 4)

Für den normalen Leser ist eine solche Rechnung relativ uninteressant, weil er das Geld für solche Investitionen nicht hat. Aber in Zeiten, in denen der Shareholder-value regiert, d.h. Geschäftspolitik der Konzerne nur an einer möglichst hohen finanziellen Befriedigung ihrer Aktionäre ausgerichtet ist, ist genau das der Grund, weshalb der Vorstand selbst nach diesen erneuten Höchstprofiten unverblümt auf der Pressekonferenz verkündet: Der Stellenabbau gehe trotzdem weiter wie geplant. Für einen Aktienspekulanten oder Investfonds-Manager, der BASF-Aktien in seinem Pool hält, zählt einzig und allein die Rendite. Wie sie entstand ist gleichgültig, und wenn ganze Landstriche durch Entlassungen sozial veröden.

An dieser Stelle soll nebenbei erwähnt werden, daß sich eine derartige Ge-

schäftspolitik und -erfolge für die Vorstandsmitglieder persönlich finanziell hervorragend auszahlen in Form von Erfolgsprämien. Die Gesamtbezüge des zehnköpfigen BASF-Vorstands betragen im Jahr 1997 21,6 Millionen DM inkl. Prämien. Das entspricht einem monatlichen Gehalt pro Mann von 180 000 DM. Auch ein Beitrag für die berühmte Schere zwischen Arm und Reich!

### ... und die Beschäftigten sollen sich weiter in Lohnzurückhaltung üben

Personen mit derartigen Einkommen treten in den Tarifverhandlungen für Lohnzurückhaltung ein. Inzwischen liegt die Bruttolohnquote in der Bundesrepublik bei unter 70% Prozent des Volkseinkommens. Sie ist damit so tief gedrückt wie noch nie seit Bestehen der BRD. Die Kaufkraft je Arbeitnehmer lag 1997 um ein Prozent unter dem Niveau von 1980. Die Nettogewinne haben sich demgegenüber real mehr als verdoppelt (119 Prozent). Dies sind Ergebnisse einer Studie des DGB. (FR, 28.4.1998) Für das Geschäftsjahr 1998 hat Strube bereits von einer Gesamtkapitalrendite von 13% gesprochen (1997: 12,6%).

In diesem Zusammenhang ein kurzer Seitenblick auf die gegenwärtig laufenden Tarifverhandlungen der chemischen Industrie, in die die IG BCE mit einer Forderung von 5,5% eingetreten ist. Angeglichen an diese Zahlen besitzen die Chemie-Kapitalisten nichtsdestotrotz die Unverfrorenheit zu behaupten, daß gerade in der jetzigen Zeit tarifliche Zurückhaltung der Gewerkschaften angebracht wäre. Sie wiesen die Forderung als völlig überhöht und schädlich für den internationalen Wettbewerb zurück. (Tarifinformation der IG BCE 19.3.98).

Aber gerade im internationalen „Standort“-Kampf liegt das BRD-Kapital hervorragend. Die Einkommen der Beschäftigten stiegen nämlich z.B. in Frankreich um 3%, in Großbritannien um 3,5% in den USA sogar um 6% und auch in den Niederlanden und Österreich stärker als in der BRD, wo sie 1997 nur um ein halbes Prozent zulegten. Für die Bundesrepublik ergibt dies eine Senkung der Lohnstückkosten 1997 um ein ganzes Prozent. Nach Berechnungen des DIW stiegen sie weltweit um 1,5%.

### BASF-Aktionärs-HV im Mai 1998 – alternative Anträge

Zurück zur BASF. Am 19. Mai 1998 werden auf der BASF-Hauptversammlung die versammelten Banken, Depothalter und Aktionärsvereinigungen mit überwältigender Mehrheit für die Ausschüttungsvorschläge des Vorstands stimmen. Es liegen Gegenanträge der Alternativen BASF Aktionäre (AABA) vor. Gegen die vorgeschlagene Gewinnverwendung verlangt ein Aktionär, daß 50% des Bilanzgewinns 1997 zum Einstieg in neue Geschäftssparten „Alternative Energien“ und zur Erstellung entsprechender Studien verwandelt werden soll. Der Gegen-

Aktionär Prof. Dr. Rochlitz [noch MdB der GRÜNEN, leider von seinem Kreis- und Landesverband im Kniefall vor der chemischen Industrie (?)] als Bundestagskandidat für die Wahl 1998 abgesagt, und man sucht vergeblich auf der Landesliste nach adäquatem Ersatz – ein trauriges Kapital grüner Intrigenpolitik. Dies muß hier mal gesagt werden!], also Dr. Rochlitz wird beantragen, 300 Millionen DM aus dem Bilanzgewinn für ein „Zukunftsprojekt Nachhaltige BASF“ zu verwenden. Auch beantragt er, gegen die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat zu stimmen, u.a. weil der Bilanzgewinn auch durch Arbeitsplatzabbau erwirtschaftet wurde. (ede)

**Süddeutscher Verlag**

## Gelbe Karte für Unternehmensleitung

Das Ergebnis der Betriebsratswahl sieht gar nicht spektakulär aus: fast alle Kolleginnen und Kollegen, die auch bisher schon im Betriebsrat aktiv waren (und natürlich gewerkschaftlich organisiert sind!), und insbesondere die Freigestellten wurden mit gewohnt hoher Stimmenzahl wieder gewählt. Die neuen Gesichter im Gremium stellen eine längstfällige Verjüngung dar, sind aber nicht Anhänger einer Hotline zur Geschäftsführung, wie das vor vier Jahren bei der „jungen Liste“ der Fall war.

Die Geschäftsführung versprach sich auf ganz anderem Wege Einfluß und wollte mit einer einstweiligen Verfügung beim Arbeitsgericht die ganze Wahl zu Fall bringen. Nach ihren Vorstellungen sollte es nämlich keinen gemeinsamen Betriebsrat für die verschiedenen Unternehmensbereiche mehr geben. War doch bei der Zerschlagung des Süddeutschen Verlags in vier einzelne Unternehmen 1995 dies eins der Ziele der Geschäftsführung gewesen. Doch der Arbeitsrichter sah keine Notwendigkeit, die laufende Wahl zu stoppen. Die Klärung des Problems – ob ein Betriebsrat oder mehrere – könnte auch später im Hauptsacheverfahren erfolgen.

Schon vor der Wahl hatte sich die Auseinandersetzung mit der Geschäftsführung wieder einmal zugespitzt. Die Geschäftsführung hatte nämlich das Weihnachtsgeld um 5% gekürzt und auf dem Lohn- und Gehaltszettel auffallend vermerkt, alle übertariflichen Leistungen seien widerruflich und anrechenbar. Über die Empörung der Kolleginnen und Kollegen konnte sie sich nur wundern, findet sie doch die freiwilligen Leistungen der Firma nicht „marktgerecht“ und nicht mehr „zeitgemäß“. Und so konnte sie sich den darauf folgenden Protest auch nur als erzwungen vorstellen: „unter spürbarem Druck des Betriebsrats“! Etwa 750 Kolleginnen und Kollegen hatten den Mut, die volle Weihnachtsgratifikation geltend zu machen, der Vertrags-

verschlechterung zu widersprechen und Klage einzureichen! Das zeugt weniger von Angst vor dem Betriebsrat als vor dem Wirken der Geschäftsleitung! Ein maßgeblicher Teil der Belegschaft erkennt die Notwendigkeit, dem Sparkurs der Geschäftsleitung zugunsten der Eigentümer und zuungunsten derer, die ihren Reichtum erarbeiten, entgegenzutreten. (gwendolin, MLB)

#### **Einzelhandel Schleswig-Holstein**

## **Unternehmer fordern Niedriglohngruppe**

**Im Solinet findet sich folgender Bericht über die Tarifverhandlungen im Einzelhandel Schleswig-Holsteins:**

Am 28.4.98 hatten wir in Schleswig-Holstein die ersten Tarifgespräche. Die Tarifkommissionen von hbv und DAG sind sich einig, nur über „Geld“ zu verhandeln. Forderung: (hbv) 4,5%, mindestens 150 DM / (DAG) 4,5% und besondere Anhebung der unteren Tarifgruppen. Auszubildende 50 DM und Fahrtkostenzuschuß 20 DM. Die Gewerkschaften legten ausführliche Begründungen der Forderung vor: Kaufkraft steigern – Nachholbedarf – Preissteigerung ausgleichen. Strukturfragen wollen die Gewerkschaften nach den Tarifverhandlungen bereiten. Unbedingt geregelt werden muß die Frage Anrechnung der Berufsschulzeiten der Azubis auf die Arbeitszeit.

Eine Stellungnahme zu den Forderungen bzw. ein Angebot der Unternehmer gab es nicht. Stattdessen kam zum Ausdruck, daß die Unternehmerseite den Tarifvertrag für zu umfassend hält – deswegen die Tarifflucht der Mitglieder des Einzelhandelsverbandes. Bestimmte Tarifgruppen hielten sie für „ungegerecht“. (Ungelernte Kassiererinnen würden zu viel verdienen – Handwerker wären undifferenziert eingruppiert). Erst auf Nachfrage wurde klargestellt, daß konkrete Strukturveränderungen verhandelt werden sollen – während der Gehaltsrunde:

1. Die untere Lohngruppe I (jetzt 14,65 DM) soll in zwei Gruppen gegliedert werden – untere Gruppe 11,11 DM.

2. In der Lohngruppe (IVg) Handwerker sei der „Auffangtatbestand“ zu weitgehend. Diese müßten konkret eingruppiert werden.

3. Bei der Gehaltsgruppe A (ohne Ausbildung im Einzelhandel) soll der Übergang in die B-Gruppe (Gelernte) nicht mehr möglich werden (jetzt nach 4 Jahren im Einzelhandel Eingruppierung in das 2. Berufsjahr.)

4. „Generelle Überprüfung“ der Einstufung von Kassierer/innen, insbesondere vor dem Hintergrund neuer Kassiersysteme.

5. Diverse „Überprüfungen“ in den Substituten- und Abteilungsleitergruppen. Nächste Verhandlungstermine: 27. Mai und 17. Juni.

#### **Umwandlung der Rechtsform**

## **Unikliniken machen dem Land Druck**

Bereits nach wenigen Tagen sind Hunderte von Beschäftigten der Freiburger Universitätsklinik dem Aufruf ihres Personalrates und der Gewerkschaft ÖTV gefolgt und haben gegen die Übernahme in die neue Rechtsform ihren Widerspruch erklärt.

Die Beschäftigten fordern damit die Einlösung eines Versprechens ein, das ihnen der zuständige Minister von Trotha im Oktober vergangenen Jahres auf einer Personalversammlung persönlich gegeben hat: Die baden-württembergischen Universitätskliniken sollen Mitglied in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder werden.

Die Klinika waren bekanntlich zum 1. Januar 1998 von Landesbetrieben in eigenständige Anstalten des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Zur Sicherung der bisher geltenden Arbeitsbedingungen hatte die Gewerkschaft ÖTV teilweise mit Mitteln des Arbeitskampfes Tarifverträge mit den einzelnen Universitätskliniken durchgesetzt.

Obwohl sich alle Seiten einig sind, bewegt sich die TdL allenfalls im Schneekentempo. Eine ursprünglich bereits für Januar geplante Grundsatzentscheidung des Arbeitgeberverbandes der Länder steht immer noch aus. Beschäftigte, Personalräte und ÖTV an allen vier Universitätskliniken des Landes machen mit ihrer Aktion deutlich, daß ihre Geduld sich dem Ende zuneigt

Noch bis zum 30. Juni dieses Jahres haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Klinika die Möglichkeit, der Oberleitung ihrer Arbeitsverhältnisse vom Land auf die Anstalt des öffentlichen Rechts zu widersprechen. Die Zeit drängt; daher werden vom Personalrat am Freiburger Klinikum wie in Ulm, Heidelberg und Tübingen auch in den nächsten Wochen die Widerspruchsschreiben der Beschäftigten gesammelt. Auf 14 Versammlungen werden in der ersten Maiwoche die Beschäftigten über ihr Widerspruchsrecht ausführlich informiert. Die Widerspruchsschreiben werden nur dann an das Land weitergeleitet, wenn bis Ende Juni die Aufnahme in den Tarifverband des öffentlichen Dienstes noch immer nicht in Sicht ist.

Der Widerspruch der Beschäftigten hätte zur Folge, daß sie danach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landes Baden-Württemberg blieben und lediglich ihre Arbeitsleistung an der jeweiligen Universitätsklinik erbringen. Die ÖTV rechnet damit, daß mehrere tausend Beschäftigten von ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen. In Schreiben an die Klinikdirektoren hat die Gewerkschaft deutlich gemacht, daß sich die Widersprüche nicht gegen die einzelnen Arbeitgeber richten, sondern

nachhaltig Druck auf das Land und dessen Arbeitgeberverband machen sollen.

(Presseerklärung des Personalrats der Uni-Klinik Freiburg)

#### **Verstöße gegen das Gesetz werden in Baden-Württemberg nicht geahndet**

## **Arbeitszeit von Krankenhausärzten**

Auf Bitte des baden-württembergischen Stadtrats fand im Sozialministerium in Stuttgart ein Gespräch zur Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes für Krankenhausärzte statt.

Der Stadtrat wollte zur finanziellen Entlastung der Krankenhausärzte erreichen, daß das Arbeitszeitgesetz etwas „geschmeidiger“ in den Krankenhäusern angewandt wird, um nicht zusätzliche Ärztestellen schaffen zu müssen. Eingeladene Vertreter des Marburger Bundes und der ötv forderten dagegen, endlich mit empfindlichen Geldstrafen – so wie es das Arbeitszeitgesetz vorsieht – dafür zu sorgen, daß die Einhaltung von Höchstarbeitszeiten und Ruhezeiten für Ärzte in Kliniken von den Verantwortlichen Ernst genommen wird. Die Gefährdung der Gesundheit von Patienten und Ärzten durch Überforderung dürfe nicht weiter hingenommen werden.

Das Sozialministerium erklärte, daß es weiterhin nicht plane, Geldbußen zu verhängen. 1998 sollen pro Gewerbeaufsichtsbezirk gerade mal 2 Kliniken nach Voranmeldung kontrolliert werden, also ganze 18 Kliniken in Baden-Württemberg. Werden Verstöße festgestellt, sollen die Kliniken beraten werden.

Damit wird den Krankenhausärzten und -leitungen ein Persilschein ausgestellt. Sie können weiterhin finanzielle Erwägungen über die Einhaltung von Gesetzen stellen. Gesetze, die Patienten vor übermüdeten Ärzten und Ärzte vor Überforderung und daraus resultierenden Fehlern schützen sollen.

Das „Angebot“ des Sozialministeriums, bei Gesetzesverstößen vier Jahre nach Einführung des neuen Arbeitszeitgesetzes als Aufsichtsbehörde immer noch lediglich beratend tätig zu werden, obwohl schätzungsweise die Hälfte der Kliniken dagegen verstößt, ist zynisch. Dort ist nämlich ganz genau bekannt, daß die Ärzte, die meist nur über befristete Arbeitsverträge verfügen, in einem ganz besonderen Abhängigkeitsverhältnis stehen und es deshalb sehr viel Zivilcourage bedarf, sich in ihrem eigenen Interesse und im Interesse der Patienten gegen überlange Arbeitszeiten ohne ausreichende Ruhezeiten zu wehren. Sie sind in ganz besonderem Maß darauf angewiesen, daß der Staat die Durchsetzung von Arbeitsschutzbestimmungen gegen die finanziellen Interessen der Krankenhausärzte durchsetzt. (aus Krankenhaus-Info der ÖTV-Betriebsgruppen Stuttgart)

# „Megafusion“ und Triaden-Krieg

(Teil 1)

Winfried Wolf

Die Connection Daimler-Chrysler wird gern als Megafusion präsentiert. Mega stimmt, Fusion nicht.

„Mega“ ist, daß hier mit 234 Milliarden Mark Umsatz und mit 421.000 Beschäftigten ein Konzern entsteht, der in der EU der mit Abstand größte sein wird. Das neue Unternehmen wird stärker als die addierten Umsätze aller anderen Autobauer auf deutschem Boden sein, also größer als die von VW, BMW, Opel, Ford Werke AG und Porsche. Es wird – hinter General Motors und Ford und vor Toyota – gemessen am Umsatz – der drittgrößte Autobauer der Welt sein. In der Weltliga der größten Unternehmen wird Daimler-Chrysler Rang fünf einnehmen.

„Mega“ ist, daß hier die größte Kapitalkonzentration in der Industriegeschichte des Kapitalismus erfolgt. Größere gab es in jüngerer Zeit nur im Finanzsektor – mit der gerade erst erfolgten Vereinigung von Citicorp und Travelers und im Fall der Verbindung Nations Bank und Bank America. Die ebenfalls vor kurzem erfolgte Verbindung Sandoz und Ciba-Geigy zu „Novartis“ lag mit 214 Milliarden Mark addiertem Umsatz etwas unter der Daimler-Chrysler-Verbindung.

„Mega“ ist schließlich die Kaufsumme: Daimler muß für seine Shopping-Tour mit 68 Milliarden Mark einen Betrag aufbringen, der zwei Drittel des Haushalts von Nordrhein-Westfalen ausmacht.

„Mega“ ist der daran anschließende Zukauf der Lkw-Sparte von Nissan, wobei Daimler im Lkw-Sektor absolut dominierend wird.

Eine Fusion Daimler-Chrysler fand allerdings nicht statt, auch wenn dies – aus guten Gründen – so verkauft wird. Geredet in Völkerverständigung macht da die „Welt am Sonntag“, wenn es dort heißt:

„Es ist gerade ein grandioses Resultat unserer Zeit, daß sich Unternehmen über nationale Grenzen hinweg zusammenschließen können. Freude sollte auftreten, daß sich Unternehmen über Staatsgrenzen hinweg in nahezu allen Winkeln der Welt engagieren.“

Das sieht die US-Presse erheblich anders. Die „Washington Post“ z.B. spricht schlicht von einem „takeover“, einer

Übernahme. Und die „Financial Times“ stellt darüber hinaus klar, weshalb das Versteckspiel stattfindet und dabei von einer „Fusion“ die Rede ist. In einem Artikel in diesem führenden britischen Kapitalblatt wird zunächst dargestellt, daß im neuen Unternehmen führende Chrysler-Leute zunächst wichtige Jobs innehaben, später aber durch Daimler-Mannen abgelöst würden. Dann heißt es weiter:

„All das weist auf die Anstrengungen von Daimler hin, eine große Unterstützung für das Projekt in den USA zu erhalten. Obwohl alles als ein Zusammenschluß, als eine Fusion von Gleichen verkauft wird, stellt der Aktien-Deal, wie er ... verkündet wurde, nichts anderes als den Erwerb von Chrysler durch Daimler für 38 Milliarden US-Dollar dar.“

Genau so ist es. Tatsächlich übernimmt das größte deutsche Unternehmen, zugleich der größte europäische Industriekonzern, das Auto-, Luftfahrt- und Rüstungsunternehmen Daimler Benz AG, den US-amerikanischen Autokonzern Chrysler Corp. Die bisherigen Daimler-Aktionäre werden 54 Prozent der neuen Gesellschaft halten. Aus kosmetischen Gründen wird der Konzern zunächst von Jürgen Schrempp, dem Daimler-Vorstandsvorsitzenden, und von Bob Eaton, dem Chrysler-Chairman, geführt. Nur für das Publikum auf den billigen Rängen – so für die Arbeitnehmervertreter – wird kumpelhaft betont, hier vereinten sich zwei Gleiche, wo doch Schrempp und Eaton „dieselbe Zigarettenmarke“ rauchen. Nach drei Jahren wird es auch formell allein die deutsche Seite sein, die den vereinten Konzern führt.

Damit bestätigt sich eine These, die ich seit langem unter anderem in dem Buch „Festung Europa“ vertrete: Im Prozeß der internationalen Kapitalkonzentration spiegelt sich die Konkurrenz der Nationalstaaten im allgemeinen und die Konkurrenz der drei Triadenblöcke – USA/Kanada/Mexiko (Nafta), Japan und EU wider.

Aus diesem Grund gibt es weltweit keine einzige Kapitalkonzentration oder Fusion, bei welcher das Kapitaleigentum gleichberechtigt in zwei großen OECD-Staaten beheimatet ist. Erst recht gibt es nirgendwo eine Fusion, bei welcher das Kapitaleigentum gleichberechtigt in unterschiedlichen Triaden-Zentren – Nafta, EU und Japan – gehalten wird. Der Konkurrenzkampf, der weiterhin zwischen den großen Nationalstaaten und erst recht und verstärkt zwischen den drei großen imperialistischen Blöcken besteht, steht solchen Fusionen entgegen.

Entsprechend scheiterten bisher alle Verbindungen, die auf solche gleichberechtigte Zusammenschlüsse hinausließen. Das trifft zu auf Estel, den – kurzzeitig realisierten Zusammenschluß des deutschen Stahlherstellers Hoesch mit dem niederländischen Stahlunternehmen Hogovens, auf Agfa-Geveaert, eine deutsch-niederländische Fusion, wo je-

doch inzwischen Agfa allein eine Bayer-Tochter ist, auf den in den achtziger Jahren geplanten Zusammenschluß der Reifenhersteller Pirelli und Michelin und – ganz besonders deutlich – auf die 1994 bereits als vollendet vorgestellte gleichberechtigte Fusion zwischen dem schwedischen Autohersteller Volvo und dem französischen Fahrzeuggbauer Renault. Dieses letztgennannte Projekt scheiterte erklärtermaßen daran, daß Renault am Ende eine 51-Prozent-Mehrheit wollte, was von der schwedischen Seite abgelehnt wurde.

Statt solcher gleichberechtigter Fusionen gibt es im real existierenden Spätkapitalismus immer „nur“ das folgende Modell der internationalen Kapitalkonzentration: Ein Konzern, der in einem starken OECD-Staat beheimatet ist, übernimmt ein anderes Unternehmen. Also: VW übernahm Seat (Spanien) und Skoda (Tschechische Republik), BMW übernahm den britischen Autobauer Rover, Daimler den französischen Software-Konzern Sogeti, die Deutsche Bank das britische Investment-Haus Morgan Grenfell. Das niederländische Elektrounternehmen Philips schluckte Gründig, der französische Konzern Thomson-Brandt übernahm Saba, Nordmende und Dual.

Verblüffend dabei ist im übrigen, daß es selbst innerhalb der EU bisher nicht zu solchen „wegweisenden“ Kapitalkonzentrationen mit gleichberechtigtem Eigentum in verschiedenen EU-Ländern kam, was tatsächlich eine Grundlage für eine – im kapitalistischen Sinn wirkende Stabilität dieses Unternehmens EU und „Euro“ wäre.

Wie immer gibt es Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Eine solche Ausnahme bilden Royal Dutch Shell (niederländisch-britisches) und ABB (schwedisch-schweizerisch). Dafür gibt es allerdings eine Erklärung: An diesen zwei weitgehend gleichberechtigten – Verbindungen sind jeweils sehr schwache OECD-Länder (Niederlande, Schweden, Schweiz) beteiligt.

Hier stellt offensichtlich die Verfaßtheit des allzu kleinen Nationalstaats eine objektive Schranke für die „vom Markt“ geforderte Kapitalkonzentration dar. Gleichzeitig erweist sich der Nationalstaat selbst als allzu schwach, so daß der Schutz bei einem größeren Nationalstaat (Großbritannien im Fall Royal Dutch Shell) oder bei einem zweiten, ähnlich stark oder ähnlich schwachem Staat (der Schweiz und Schweden im Fall ABB) gesucht wird.

Am Beispiel des Daimler-Benz-Konzerns läßt sich die These, daß es keine supranationale, gleichberechtigte Fusionen gibt, nunmehr doppelt verifizieren am aktuellen Beispiel Daimler-Chrysler und an einem heute bereits wieder in Vergessenheit geratenen Projekt von Anfang der neunziger Jahre: Damals gab es unter dem Vorstandsvorsitzenden Edzard Reuter sehr konkrete Versuche, Daimler-

Benz mit der japanischen Mitsubishi-Gruppe zu lieren.

Daimler-Vertreter oder waren es solche von der Deutschen Bank? hatten damals mit Vertretern der formell nicht existenten Mitsubishi-Gruppe über eine Zusammenarbeit verhandelt. Diese Gruppe stellt das weltweit mit Abstand größte Konglomerat dar, das allerdings, der IG Farben vergleichbar, von der Weltkriegs-Siegermacht USA 1946 formell aufgelöst und in getrennte Gesellschaften u.a. im Stahl-, im Auto- und im Bankenbereich aufgespalten wurde, insgeheim besteht allerdings das Mitsubishi-Mammutunternehmen wieder. Und daß Vertreter von Daimler-Benz, immerhin von einem Unternehmen, das eng mit dem Nazi-Regime verbunden war, mit diesem japanischen De-facto-Konzern verhandelten und die Wiederbelebung der „Achse“ Japan-Deutschland geradezu provokativ zur Sprache brachten, zeigt, wie nahtlos sich das „neue“ Deutschland am alten orientiert.

Das Projekt scheiterte; wahrscheinlich auch deshalb, weil von japanischer Seite eine gleichberechtigte Partnerschaft nicht in Frage kam und weil seitens des Daimler-Konzerns bzw. deren Hauptaktionärin, der Deutschen Bank, ein Aufgehen von Daimler in der Mitsubishi-Gruppe als logisches Resultat der japanischen Umsatzübermacht aus strategischen Gründen ausgeschlossen wurde.

Was blieb: heute gibt es zwischen Daimler-Benz und Mitsubishi „nur“ Kooperationen in Teilbereichen...

Umgekehrt dokumentiert der neue Zusammenschluß die Regel der Übernahme anstelle einer Fusion. Dabei spräche vieles für das letztere: Daimler und Chrysler sind in Umsatz nah beieinander. Die 15 Milliarden US-Dollar Differenz, um die Chrysler hier hinter Daimler liegt, macht der US-Autokonzern durch einen wesentlich höheren Gewinn wett. Dennoch keine gleichberechtigte Fusion – der Firmensitz wird allein Stuttgart heißen.

#### Triaden-Schlachtfeld: Autoindustrie

Während im letzten Jahrhundert das in Eisenbahnen angelegte Kapital das entscheidende war, ist es heute das in der Transporttechnologie des 20. Jahrhunderts angelegte: Die Konzerne der „Autogesellschaft“ bestimmen den Spätkapitalismus. Darunter sind zu fassen:

- die im Öl ausbeutenden und verarbeitenden Sektor engagierten Unternehmen (z.B. Exxon oder Veba)
- die Autokonzerne selbst
- die Luftfahrtunternehmen, die meist nahtlos in Rüstung übergehen. Letztere sind hinzuzurechnen, weil sie komplett von Rohöl bzw. dessen Weiterverarbeitung zu Kerosin abhängig sind. Hinzu kommt, daß in Europa die Luftfahrtunternehmen (Aerospace, Airbus, Dasa) eng mit den Autokonzernen zusammenhängen.

Auf die so definierten Unternehmen

der „Öl- und Autogesellschaft“ entfallen zur Zeit 50 Prozent des Umsatzes aller Industriekonzerne in der OECD und 60 Prozent des Umsatzes aller Industriekonzerne in den G-7-Staaten. Diese Unternehmen, die im übrigen eng mit Banken, Versicherungen und der Chemieindustrie (Petrochemie) verbunden sind, sind die mit Abstand führenden Unternehmen im allein übriggebliebenen Kapitalismus. Der richtige Satz „Geld regiert die Welt“ ist auch stofflich zu konkretisieren: Es ist das im Öl- und Autogeschäft angelegte Kapital, das diese Welt regiert, umtreibt und in – u.a. umweltpolitische – Desaster treibt.

Hinzukommt, daß die Unternehmen der Öl- und Autogesellschaft sich fast ausschließlich auf die Erste – imperialistische – Welt konzentrieren. Auch hier die exakte Parallele zur vorausgegangenen Transporttechnologie. W.I. Lenin schrieb um die Jahrhundertwende:

„Rund 80 Prozent der gesamten Eisenbahnen sind in den Händen der fünf Großmächte konzentriert.“ Exakt dieselbe Konzentration gibt es heute hinsichtlich der Autoindustrie; 81 Prozent der Pkw werden innerhalb der drei Triaden-Mächte produziert; rund 90 Prozent in den fünf Ländern mit der weltweit größten Autoindustrie: USA, Kanada, Japan, BRD und Frankreich.

#### Kräfteverschiebungen in der Auto-Industrie im 20. Jahrhundert

Die Übernahme von Chrysler durch Daimler ist nur ein vorläufiger Höhepunkt einer seit langem zu beobachtenden Entwicklung der Verschiebung der Machtverhältnisse in der Autobranche, die exakt das veränderte Konkurrenzverhältnis im Weltkapitalismus wieder spiegelt.

Die drei US-Autokonzerne General Motors, Ford und Chrysler dominierten nach dem Zweiten Weltkrieg absolut – eben wie der US-Kapitalismus selbst. Diese „Big Three“ hatten 1950 noch 80 Prozent aller weltweit hergestellten Fahrzeuge gefertigt. Bis 1997 ist dieser Anteil auf rund 33 Prozent gefallen. Ihre Macht wurde zuerst durch den Aufstieg der westeuropäischen Konkurrenz, deren Produktion heute rund 26 Prozent der weltweiten Autoproduktion ausmacht, begrenzt. Danach kam der Siegeszug der japanischen Autoindustrie, die heute bereits 26 Prozent der internationalen Autoproduktion auf sich vereint.

Ausdruck dieser Veränderungen war der Chrysler-Konzern selbst. Dieser hatte 1978 noch 1,5 Millionen Kfz gefertigt; Mitte der achtziger Jahre waren es halb so viele. Die Belegschaftszahl wurde um 100 000 reduziert auf 80 000! Der Konzern war in eine tiefe Existenzkrise gestürzt, aus der er nur durch Milliarden-Kredite der US-Regierung herauskam.

Der damalige Boss von Chrysler Lee A. Iacocca wurde mit seinem Kampf um Chrysler zum US-Mythos des freien Unternehmertums. In seinem Buch „Eine



Deutsches Selbstbildnis aus dem Jahre 1915

amerikanische Karriere“ ist er allerdings so ehrlich zuzugeben, daß auch der tapferste Ritter für das freie Unternehmertum dann schwach wird und Staatsknechte bis zum Anschlag entgegennimmt, wenn es um die Rettung der eigenen Felle geht. Dort heißt es:

„Das kapitalistische System der freien Marktwirtschaft ist das beste Wirtschaftssystem, das die Welt je gekannt hat. Ich bin 100 Prozent dafür. Ich bin der erste, der zugibt, daß ich immer die Republikaner favorisiert habe, wenn die Geschäfte gut gelaufen sind und ich viel verdient habe. Aber seit ich zu Chrysler gekommen bin, tendiere ich mehr zu den Demokraten ...“ – die Chrysler den Milliardenkredit gewährten.

Chrysler produzierte damals auch weltweit Autos – u.a. in Europa. 1958 übernahm dieser US-Konzern in Frankreich das Unternehmen Simca, das 1934 von Italienern gegründet und 1953 von Ford übernommen worden war. Teil von Simca war die Autoproduktion von Sunbeam in Großbritannien. Auch in Spanien hatte Chrysler-Simca Werke. Damit war Chrysler kurzzeitig zum Global Player geworden.

Um so härter der Fall. In der Chrysler-Krise gab der US-Konzern 1978 Simca-Sunbeam an die Peugeot-Gruppe ab, die die Marke Simca in „Talbot“ umtaufte. In diesem Rahmen gab es im übrigen kurzzeitig die Chance für das französische Autokapital, zur Weltmarktgroße aufzusteigen: Mit der Übernahme von „Chrysler Europe“ wurde Peugeot-Citroen zum drittgrößten Autohersteller der Welt. In Frankreich selbst lag nun dieses Unternehmen mit einem Marktanteil von 44 Prozent auf Platz eins, vor dem Erzrivalen Renault. Doch Peugeot-Citroen hatte sich übernommen. Die Expansion in die USA scheiterte. Die Talbot-Werke wurden ein Jahrzehnt nach ihrer Übernahme aus Gründen der Rentabilität geschlossen und die Marke Talbot komplett vom Markt genommen. Damit war der Vorstoß des französischen Autokapitals, zu Weltmarktgroße zu gelangen, erstmal gescheitert.

# Kommunismus gestern und Kommunismus heute

Von Wal Buchenberg

## I. Der gestrige Kommunismus

Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa stellt sich die Frage neu: Hat der Kommunismus noch eine Zukunft?

Die Geschichte der Sowjetunion hat viele Einsichten und Vorhersagen von Marx und Engels auf den Kopf gestellt, aber das größte Paradox der Sowjetunion war, daß sie scheinbar die Allmacht der Politik über die Ökonomie bewiesen hat, wo es doch die marxistische Grundthese ist, daß „*die Politik und ihre Geschichte aus den ökonomischen Verhältnissen und ihrer Entwicklung zu erklären ist, nicht umgekehrt.*“ (F. Engels, 1885)

Die Lehren, die die Linke aus der Sowjetunion gezogen hat, ist dieser Einsicht gerade entgegengesetzt. Die Linke sieht in der sowjetischen Geschichte den möglichen Triumph der Politik über die Wirtschaft. Alle Linken, von linken Sozialdemokraten über Ökolinke und PDS bis zur DKP haben ein Glaubensbekenntnis: Sie glauben an die Überlegenheit des Staates und der Politik über die Wirtschaft und wollen mit Hilfe des Staates den Kapitalismus zügeln und (vielleicht) überwinden. Das ist der sowjetische Mythos.

### Kapitalistische und sowjetische Arbeitskraft

Im Kapitalismus werden Arbeitskraft und Produktionsmittel gekauft. Es sind Waren, die auf ihren getrennten Märkten brach liegen, wenn sie nicht einen kapitalistischen Käufer finden: „*Welches immer die gesellschaftlichen Formen der Produktion, Arbeiter und Produktionsmittel bleiben stets ihre Faktoren. Aber die einen und die andern sind dies nur der Möglichkeit nach im Zustand der Trennung voneinander. Damit überhaupt produziert werde, müssen sie sich verbinden. Die besondere Art und Weise, worin diese Verbindung bewerkstelligt wird, unterscheidet die verschiedenen ökonomischen Epochen der Gesellschaftsstruktur.*“ (K. Marx, Das Kapital II, S.42).

Wie wurden im Sowjetsystem Arbeiter und Produktionsmittel verbunden?

Der 8. Parteitag der Bolschewiki im Jahr 1919 hatte die Gesamtheit der Arbeiter unter zentrales Kommando gestellt: „*Die höchstmögliche Nutzung aller verfügbaren Arbeitskräfte ..., die richtige Verteilung und Neuverteilung dieser Kräfte sowohl auf die verschiedenen Regionen als auch auf die verschiedenen*

*Zweige der Volkswirtschaft sind unabdingbar für die Verwirklichung einer planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft, was die nächste Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht sein muß.*“

Um diese staatliche Dienstverpflichtung der Werktätigen praktisch umzusetzen, wurden 1919 Arbeitsbücher eingeführt, die mit geringen Unterbrechungen bis zum Zusammenbruch des Sowjetsystems dazu dienten, Arbeitswechsel zu protokollieren und zu beschränken. Den gleichen Zweck hatte ein innerstaatliches Paßsystem, das den unkontrollierten Zuzug in die Städte verhindern sollte. Später wurde diese Kontrolle abgeschwächt, blieb aber in Form der städtischen Wohnberechtigungsscheine weiter spürbar. 1937 wurden die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte in Lohn- und Personalfragen abgeschafft und nie wieder eingeführt. Von diesem Zeitpunkt an wurden Zahl der Arbeiter, die Lohnhöhe und Lohnstufen in den Industriebetrieben nur noch zentral ohne jede Mitbestimmung der Betriebsgewerkschaften festgelegt. Zwischen 1940 und 1956 war den Werktätigen jeder freie Arbeitswechsel verboten.

Im Sowjetsystem wurde die Arbeitskraft nicht wie im Kapitalismus gekauft, sie war dienstverpflichtet. Das DDR-„Wörterbuch der Ökonomie – Sozialismus“ von 1969 führte aus (S.61): „*Mit Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse hört die Arbeitskraft auf, eine Ware zu sein, und fährt begründend fort: „Der Staat plant den rationalen Einsatz der Arbeitskraft zum Wohle der gesamten Gesellschaft und jedes Werkzeugen.“*

Dieses Prinzip der zentralisierten (staatlichen) Planung geht von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß alle Intelligenz und alle Kenntnisse bei der Planungsbürokratie konzentriert sind, und die Werktätigen nur ihre geistlosen Hände, ihre ausführenden Organe sind. Diese Voraussetzung hatte eine historische, vorübergehende Berechtigung nur in rückständigen Gesellschaften wie Rußland, Kuba oder China mit Bevölkerungsanteilen von anfangs mehr als 80 Prozent Analphabeten.

Aber auch in der Sowjetunion war mit der Entwicklung der Gesellschaft und des allgemeinen Bildungsstandes die Fiktion von der in der Zentrale monopolisierten Intelligenz nur durch Monopolisierung aller wichtigen Informationen aufrechtzuerhalten. Daher wurden während der ganzen Zeit der Sowjetunion alle Wirtschaftsdaten für geheim erklärt.



**Auf dem Kongreß der Arbeiter- und Bauernkorrespondenten, Moskau 1928**

Unter Stalin war sogar das gezielte Sammeln von in den Zeitungen veröffentlichten Daten unter Strafe gestellt.

### Gesellschaft als Fabrik

In der parteiamtlichen „Geschichte der KPdSU (Bolschewiki) – Kurzer Lehrgang“ von 1938 wurden unter dem Stichwort „*Die Ursachen des Sieges der sozialistischen Revolution*“ (S. 264 ff) die russische Revolution und ihre Geschichte nicht einmal ansatzweise aus den ökonomischen Verhältnissen und ihrer Entwicklung erklärt, sondern allein aus den Schwächen der politischen Gegner und der klugen politischen Taktik der Bolschewiki.

Hatte Marx über den Anarchisten Bakunin geurteilt: „*Der Wille, nicht die ökonomischen Bedingungen, ist die Grundlage seiner Revolution*“, so ließe sich zu den Bolschewiki sagen: Die politische Taktik, nicht die ökonomischen Bedingungen war die Grundlage ihrer Revolution.

Auf die revolutionäre Rolle der Ökonomie ging allerdings Bucharin in seinem „ABC des Kommunismus“ von 1919 ein. Von ihm wurde die Reife Rußlands für eine sozialistische Revolution aber allein aus der „*Zentralisation und Konzentration der Produktion*“, das heißt aus dem Bestehen kapitalistischer Großbetriebe abgeleitet.

Tatsächlich setzten die Bolschewiki dieses Zentralisations- und Konzentrationswerk der Kapitalisten fort und formten die gesamte Wirtschaft und mit ihr die Gesellschaft zu einer einzigen riesigen Fabrik. Lenin hatte zum Auftakt der Oktoberrevolution in „*Staat und Revolution*“ angekündigt: „*Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik ...*

sein.“

Daß Sozialisten auf die Idee kommen, die Gesellschaft als kapitalistische Fabrik zu organisieren, hatte Marx schon vorausgesehen und er hatte auch gewußt, wo das enden muß: „Nimmt man die Arbeitsteilung in einer modernen Fabrik als Beispiel, um sie auf eine ganze Gesellschaft anzuwenden, so wäre unzweifelhaft diejenige Gesellschaft am besten für die Produktion ihres Reichtums organisiert, welche nur einen einzigen Unternehmer als Führer hätte, der nach einer im voraus festgesetzten Ordnung die Funktionen unter die verschiedenen Mitglieder der Gemeinschaft verteilt.“ (MEW 4, S. 150).

Wer die Gesellschaft als Fabrik organisieren will, wird beim „einzigen Unternehmer“, beim Stalinismus landen. Meine „Kurze Geschichte der Sowjetwirtschaft“ (GNN-Verlag Hamburg 1997) zeigt auch auf, zu welchem krisenhaften Zeitpunkt dieser Übergang zum „einzigen Unternehmer“ in der Sowjetunion zwangsläufig wurde.

Dem „einzigen Unternehmer“ Stalin bzw. dem „Unternehmerkollektiv“ der sowjetischen Planer stand die Masse der Verplanten gegenüber. Sie wurden vom Staat dienstverpflichtet, im schlimmsten Fall wie Zwangsarbeiter oder Soldaten, wie unter Trotzki und Stalin, als Gefängnisstrafen und Erschießungen für Bummelei und Arbeitsverweigerung drohten. Nach zunehmendem Widerstand waren die sowjetischen Werktägten später halbfreie Lohnarbeiter, die ihrer Planungsobrigkeit noch so unterstellt waren wie gehorsame Staatsbeamte ihrer Regierung unterstellt sind.

In der Versorgungsnot der Jahre 1918 bis 1921 und der daraus folgenden Inflation hatten viele russische Betriebe ihren Beschäftigten Lebensmittelrationen

ausgegeben, statt Löhne zu zahlen. Bucharin sah in beidem, Inflation wie Lebensmittelrationen, schon den Übergang zum Kommunismus: „Der ‚Prozeß der Vernichtung des Warensystems‘... drückt sich erstens in der sogenannten ‚Geldentwertung‘ aus, zweitens darin, daß die Verteilung der Geldzeichen von der Verteilung der Produkte unabhängig wird und umgekehrt.“ Bucharin folgerte daraus: „Im System der proletarischen Diktatur erhält der ‚Arbeiter‘ einen gesellschaftlichen Anteil, aber keinen Arbeitslohn.“

In Bucharins Sicht „erhielt“ der sowjetische Arbeiter als passiver Empfänger etwas von der Planungsobrigkeit. Bucharin nannte diese behördliche Zuweisung „gesellschaftlichen Anteil“. Der Name ist ohne Belang, wichtig ist aber die despotische Form seiner Verteilung.

Im Sowjetsystem konnten die Arbeiter ihre Arbeitskraft nicht wie im Kapitalismus an einen beliebigen Käufer verkaufen, ihnen stand nur ein „einziger Unternehmer“ gegenüber. Die sowjetischen Werktägten konnten sich ihren Fabrikherrn also nicht wählen und wurden statt dessen von ihrer Planungsbürokratie dienstverpflichtet. Diese bot dafür als Gegenleistung eine Unterhaltszuteilung, anfangs in Naturalien, später in Geldform. Die Planungsbürokratie entschied sowohl über Menge wie Art dieses Unterhalts. Diese Konsummenge wurde bewußt knapp gehalten und Flüge nach Mallorca waren darin nicht vorgesehen.

Der freien Arbeitskraft im Kapitalismus mit ihrer prinzipiellen Existenzunsicherheit, wo die Lohnabhängigen nie sicher sein können, ob sie auf Dauer einen Käufer für ihre Arbeitskraft finden, stand also eine dienstverpflichtete Arbeitskraft in der Sowjetwirtschaft gegenüber. Die Arbeitskraft war im So-

wjetsystem zwar keine Ware, aber der sowjetische Arbeiter war ein mehr oder weniger willenloses Arbeitstier, das von seinen Besitzern gefüttert wurde.

### Die kapitalistische Fabrik eine gesellschaftliche Utopie?

Gut ausgebildete und gesunde Arbeitskräfte, die in der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gut abschnitten, zogen in der Regel kapitalistische Lohnverhältnisse dem Sowjetsystem vor, erst recht, wenn starke Gewerkschaften vor der schlimmsten kapitalistischen Willkür schützten. Daher flüchteten so viele Werktägige aus dem „Arbeiterstaat“ in den kapitalistischen Westen. Diese Flucht in den Westen war kein Votum für den Kapitalismus, eher ein Votum für unabhängige Gewerkschaften.

Aber auch die anderen Lohnarbeiter im kapitalistischen Westen fanden und finden das Sowjetsystem weit weniger attraktiv als linke Intellektuelle, die sich leichter in die mächtige Position der Planungsbürokratie versetzen als in die ohnmächtige Lage der sowjetischen Werktägten.

Nur solche Werktägige, deren Arbeitskraft weniger qualifiziert, verbraucht oder weniger konkurrenzfähig war, wie die Frauen mit Kindern, die Alten, Kranke oder schlechter Ausgebildeten, konnten sich leichter mit dem Sowjetsystem arrangieren – und natürlich solche, die sich Hoffnung auf eine Karriere in die herrschende Schicht der Partei- und Staatsbürokraten machten.

Auch als der planerische Despotismus unter Chruschtschow und seinen Nachfolgern erlahmte, und die Sowjetbürokratie zunehmend ihre Selbstgewißheit verlor, daß sie das historisch Notwendige tue, bildete sie sich immer noch ein, der Vormund der Werktägten zu sein und für das „Wohl der Arbeiter“ zu sorgen. In dem passiven und aktiven Widerstand der sowjetischen Werktägten gegen diese Bevormundung sahen die Bürokraten nur eine mangelnde Reife des „sozialistischen Menschen“.

Daß die Menschen ohne Herren leben wollen, daß die Gesamtheit der Werktägten die Wirtschaft besser organisieren und leiten können als eine kleine Zahl von Kapitalisten oder Planungsbürokraten es kann, das wollten sich die Sowjetbürokraten ebenso wenig vorstellen wie die heutige linke Mächtigern-Obrigkeit.

## II. Der heutige Kommunismus

Der bürokratische, sowjetische Sozialismus ersetzte die kapitalistische Leitung der Wirtschaft und der Gesellschaft durch die Planerbürokratie der Partei. Auf der Ebene der Volkswirtschaft brachte das einen Zugewinn an planerischen und schöpferischen Möglichkeiten. Das verschaffte rückständigen Gesellschaften wie Rußland, China oder Kuba die Chance einer aufholenden Industriali-



Bau der Turkestanisch-Sibirischen Eisenbahn 1929

sierung: Knappe Ressourcen und Investitionen konnten in wichtige Aufbaubereiche gelenkt werden. Darin bestand die Faszination des sowjetischen Modells in der Dritten Welt. Erkauft wurde diese zentral gelenkte Wirtschaftsentwicklung jedoch durch Verschwendungen von Arbeitskraft und Ressourcen auf betrieblicher Ebene wie durch die obrigkeitliche Entmündigung der Werkträger. Einige Beispiele dafür sind in meiner „Kurzen Geschichte der Sowjetwirtschaft“, GNN-Verlag Hamburg 1997, gesammelt. Die sowjetische Gesellschaft war organisiert wie eine riesige kapitalistische Fabrik. Kein Wunder, daß die Lohnabhängigen im Westen darin keine Zukunftsperspektive sahen. Die Linke im Westen konnte auch nur deshalb in der Sowjetunion ein Zukunftsmodell sehen, weil sich die linken Intellektuellen lieber in die einflußreiche Position der Planungsbürokratie versetzten als in die ohnmächtige Lage der sowjetischen Werkträger.

Hat nach dem endgültigen Scheitern des sowjetischen Modells der Kommunismus noch eine Zukunft? Wir sollten die Antwort darauf nicht in der sowjetischen Vergangenheit, sondern in der kapitalistischen Gegenwart suchen.

### Gespenster-Kapitalismus

Natürlich gibt es auch gemeinsame Interessen zwischen den Lohnarbeitern und den Kapitalisten: Wenn Kapitalisten erfolgreich investieren, schaffen sie für sich Profite, und für die Lohnabhängigen entstehen Arbeitsplätze. So haben beide einen Vorteil. Auf dieser Gemeinsamkeit basieren alle Hoffnungen, die einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit herstellen wollen.

Zur Zeit leiden die Kapitalisten aber an einem Überfluß an Kapital. Die Profitraten in der Industrie reichen nicht mehr für ihren Profithunger, also investieren die Kapitalisten nicht in Arbeitsplätze, sondern in die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Also steigen die Aktienkurse überall dort, wo die Arbeitslosigkeit zunimmt. So demonstrieren die Kapitalisten vor allen Augen, daß ihr Wohl, ihr Kapital mit der Existenzsicherheit der Lohnabhängigen wächst. Die Kapitalisten sind nur in „rosigen Zeiten“ für einen Interessenausgleich mit den Lohnabhängigen zu haben.

Den einzigen Nutzen, den die Lohnabhängigen von den Kapitalisten erwarten, sind Arbeitsplätze. Wann die Kapitalisten keine Arbeitsplätze erhalten und schaffen wollen, wozu sind sie dann noch nütze? Für die Leitung der Wirtschaft? Längst haben unsere Kapitalisten die persönliche Leitung der Wirtschaft an bezahlte (und bestochene) Lohnarbeiter abgegeben. Wo ein einzelner Kapitalist noch etwas bewegt, wie Bill Gates bei Microsoft, wird er als Supermann bestaunt. Trotzdem bekommen wir tagtäglich mit den Aktienkursen, Steuerquoten

und Standortfragen gesagt, daß unser Wohl und Wehe von den Launen der Spekulanten und den Profiten der Investoren abhängt. Das Kapital ist zum Gespenst geworden: es lenkt und entscheidet scheinbar alles, aber niemand sieht wo und wie.

Die moderne Wirtschaft ist „ein gemeinschaftliches Produkt und kann nur durch eine gemeinsame Tätigkeit vieler Mitglieder, ja in letzter Instanz nur durch die gemeinsame Tätigkeit aller Mitglieder in Bewegung gesetzt werden.“ (Kommunistisches Manifest, MEW 4, S. 475f)

In Gang gehalten wird die Wirtschaft von allen Lohnabhängigen, aber dieser gesellschaftliche Charakter der modernen Produktionsmittel wird erst dann vollständig anerkannt, wenn die Wirtschaft nicht nur durch ihre gemeinsame Tätigkeit in Bewegung gehalten, sondern auch bewußt von ihnen „in Bewegung gesetzt“, das heißt auch von allen gemeinsam verwaltet und geleitet wird.

Die Millionen Arbeitslosen sind Millionen Argumente für die Abschaffung des Kapitals. Und tatsächlich ist die Bewegung zur Abschaffung des Kapitals machtvoll und unübersehbar. Nur unsere Linken sehen diese Bewegung nicht.

### Der Kommunismus hat schon begonnen

Kommunismus heißt Selbstverwaltung durch das werktätige Volk, und diesen modernen Kommunismus gibt schon es in den entwickelten kapitalistischen Ländern häufiger als in jedem Land, das sich bisher sozialistisch oder kommunistisch genannt hat.

Kommunistisch sind z.B. in der BRD die frei gewählten Betriebsräte, die mehr Wirtschaftsmacht ausüben als die von oben eingesetzten und von oben dirigierten sowjetischen Manager und Direktoren in ihren Betrieben je konnten.

Kommunistisch ist in der BRD, daß täglich und wöchentlich das Volk in vielen Fragen seinen Willen äußert: Ob Shell seine Ölplattform im Meer versenken darf oder nicht, ob eine Eisenbahntrasse gebaut werden darf oder nicht, ob ein Atomendlager eingerichtet wird oder nicht, ob ein Betrieb geschlossen wird oder nicht, ob eine Unternehmensfusion stattfindet oder nicht, ob der Eurofighter angeschafft wird oder nicht, ob Menschen geklont werden sollen oder nicht. In all solchen Auseinandersetzungen wird den Herrschenden heute schon die Verfü-

gungsgewalt über die Produktionsmittel streitig gemacht. Wo in diesen Kämpfen das Volk seinen Willen durchsetzt, wird die Leitung der Wirtschaft und der Gesellschaft schon vom Volk ausgeübt. Das ist der Stoff, aus dem der Kommunismus gemacht ist.

Die Lohnabhängigen, die die große Masse des Volkes stellen, haben die sozialistische Revolution und den Kommunismus längst begonnen. Trotzdem schmollen die Linken mit dem Volk, weil es nicht nach linkem Rat verlangt und nicht nach linker Führung ruft. Die Linken können sich trösten: Je klüger das Volk ist, desto dümmere Politiker wählt es in die Regierung, und wer in die Regierung kommt, be-



**Gegen die Schließung des Hafenkrankenhauses in Hamburg St. Pauli durch den Hamburger Senat wehrte sich nahezu der gesamte Stadtteil.**

kommt nur eine möglichst knappe Mehrheit.

Entwickelte Länder wie die USA und die BRD können ohne Schaden durch einen mäßig begabten Frauenhelden oder einen ganz durchschnittlichen Kohlkopf regiert werden. In Frankfurt ist eine Apothekenhelferin im Amt des Oberbürgermeisters.

Lenin schrieb über den Kommunismus: „Von dem Zeitpunkt an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit selbst gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst die Staatsregierung in ihre Hände genommen haben, die Kontrolle in Gang gebracht haben über die verschwindend kleine Minderheit der Kapitalisten, .... von diesem Zeitpunkt an beginnt die Notwendigkeit jeglichen Regierens überhaupt zu verschwinden.“ Sind wir von diesem Zeitpunkt noch weit entfernt?

F. Engels hatte 1882 über die ökonomische Reife des Kommunismus geschrieben: „... die Abschaffung der gesellschaftlichen Klassen ... hat also zur Voraussetzung einen Höhengrad der Entwicklung der Produktion, auf dem Aneignung der Produktionsmittel und Produkte und damit der politischen Herrschaft, des Monopols der Bildung und der geistigen Leitung durch eine besondere Gesellschaftsklasse nicht nur überflüs-

sig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist. Dieser Punkt ist jetzt erreicht.“ (MEW 19, 225). Bis ins Jahr 1998 sind nicht nur diese objektiven Bedingungen in der Bundesrepublik und allen entwickelten kapitalistischen Ländern weiter gereift, auch der Wille und die Fähigkeiten des Volkes, selber zu bestimmen und selber zu entscheiden, haben sich längst ausgebildet. Tatsächlich werden die Lohnabhängigen in der Bundesrepublik und allen anderen entwickelten kapitalistischen Ländern nur durch künstlich errichtete Hindernisse von der Abschaffung der Klassen getrennt, z.B. durch Geheimhaltung aller wichtigen Betriebsdaten und Regierungsinformationen.

Weil in Rußland, weil in China dieser Reifegrad noch lange nicht erreicht war, sondern erst nach der Machtergreifung der kommunistischen Partei durch eine despotische Revolution von oben geschaffen werden sollte, war die Oktoberrevolution nicht ohne einen Lenin, und die chinesische Revolution nicht ohne einen Mao machbar. Moderne Gesellschaften und moderne Revolutionen kommen gut ohne geniale Führer zurecht.

#### **Das Scheitern der kommunistischen Bewegung**

Bis in die Anfangsjahre der Sowjetunion hinein (und noch bis zum Programm der Kommunistischen Internationale von 1928), blieb es die Grundüberzeugung aller Marxisten, daß das gesamte kommunistische Programm prinzipiell und viele Forderungen auch aktuell mehrheitsfähig sind. Dieser revolutionäre Optimismus ging durch die Scheiterfolge der Sowjetunion verloren: Unter dem Eindruck der mächtigen bolschewistischen Partei verloren die Marxisten ihr Vertrauen in die Weisheit der Lohnarbeiter und der großen Mehrheit und suchten ihre Stärke und Siegesgewißheit in anderen Quellen: in der „organisatorischen Schlagkraft der Partei“ (Trotzki und Stalin), in der „wissenschaftlichen Objektivität“ des „Diamat“ und „Histomat“ (Stalin), in der „geistigen Hegemonie“ (Gramsci und Frankfurter Schule), in dem militärisch-politischen Druck des „sozialistischen Lagers“ (Realsozialisten) oder im „bewaffneten Kampf“ (Maoisten).

All diese und ähnliche linken Rezepte halfen nur unter bestimmten Umständen und nur eine bestimmte Zeit. Als „allgemeingültige Gesetzmäßigkeiten“ sind sie gescheitert, weil die Marxisten die grundlegende Wahrheit aus den Augen verloren: Der Kommunismus ist die Sache der großen Mehrheit.

Vergleiche dazu: W. Buchenberg: „Kurze Geschichte der Sowjetwirtschaft. Zur Politischen Ökonomie der Sowjetunion. Hamburg 1997.“

Erhältlich für 7 DM (Sozialpreis 4,20) bei: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Fax( 040) 43 18 88 21

**Bei einem Wahlkampf auch unter Migrantinnen und Migranten könnte die PDS mindestens 100.000 Stimmen gewinnen**

## **Die kommenden Bundestagswahlen und die Stimmen der Migrantinnen und Migranten**

### **Von Gisyasettin Sayan**

Das Getöse des anlaufenden Bundestagswahlkampfes geht an der nicht-deutschen Bevölkerung in diesem Land weitgehend vorbei. Das könnte man jedenfalls meinen, wenn man sich die Wahlkampfmaterien und die Themen-schwerpunkte der Bonner Parteien ansieht. Schröder und die Unionsparteien kämpfen um die „Mitte“ oder die „neue Mitte“, die FDP will ohnehin am Ende entscheiden, wo's lang geht, und die Grünen bleiben bei 5 DM pro Liter Benzin. Politik für Migrantinnen und Migranten ist da Fehlanzeige.

Aber vielleicht wählen die inzwischen ca. 7,5 Millionen Migrantinnen und Migranten in diesem Lande bzw. ihr volljähriger Teil ohnehin nicht, können gar nicht wählen, weil ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft fehlt?

Das ist ein Irrtum! Zumal unter den Migrantinnen und Migranten weit mehr inzwischen das Wahlrecht haben, als gemeinhin angenommen wird.

Für Berlin z.B. geht das Statistische Landesamt davon aus, daß von den ca. 175 000 Berlinerinnen und Berliner, die aus der Türkei (inkl. den von der Türkei auf grausame Weise beherrschten kurdischen Gebieten) kommen, bereits 1997 ca. 25.000 die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hatten. Das wären damals ca. 14 Prozent gewesen – Tendenz stark steigend, nicht nur unter den Kurdiinnen und Kurden, die ihrer türkischen Staatsbürgerschaft ohnehin nicht froh sind.

Inzwischen gehen seriöse Schätzungen davon aus, daß Ende 1998 etwa 2 Millionen der ca. 7,5 bis 8 Millionen sog. „Ausländer“ bundesweit die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben werden, also „deutsche Staatsbürger ausländischer Nationalität“ geworden sind! Selbst wenn man hiervon 40% als Kinder und Jugendliche rechnet, was viel ist, blieben immerhin noch 1,2 Millionen Personen „ausländischer Nationalität“, die bei den kommenden Bundestagswahlen wahlberechtigt sind – ein nicht zu unterschätzender Faktor!

Zumal für die Politik der PDS in den „alten“ Bundesländern, den vielbeschworenen „Westaufbau“ der PDS. Denn alle seriösen Schätzungen – und die Berichte der PDS-Verbände im Westen bestätigen diese – gehen davon aus, daß die PDS bei einem erkennbar auch die Migrantinnen und Migranten ansprechenden Wahlkampf gute Chancen hat, unter diesem Bevölkerungsteil einen Stimmenanteil von ca. 10 Prozent zu er-

halten. 10 Prozent der Stimmen der wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten aber sind 100.000, vielleicht 120.000 Stimmen mehr – ein großer Schritt in Richtung auf die 5%-Hürde, die wir bei den kommenden Wahlen – zusätzlich zu den Direktmandaten – überspringen wollen.

Die anderen Parteien sehen das – auf ihre Weise – genauso. Freilich verfolgen sie erheblich andere Ziele. Bei den Unionsparteien ist es zum Beispiel ausgemachte Sache, daß sie jede Reform des Staatsbürgerschaftsrechts verhindern wollen. Warum, konnte man in einer ansonsten durchaus regierungsfreundlichen Wirtschaftszeitung lesen: „Da der überwiegende Teil der in Frage kommenden Bürger nicht dem Kulturreis des christlichen Abendlandes entstammt, dürfte es der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands schwerer fallen, diese Menschen politisch an sich zu binden“, schrieb das „Handelsblatt“ am 27./28. März.

Anders gesagt: Die parlamentarische Mehrheit der in Bonn regierenden konservativ-liberalen Parteienkoalition beruht unter anderem auf der Rechtlosigkeit von 7,5 Millionen Ausländerinnen und Ausländern in diesem Land, denen noch immer – obwohl sie z.T. schon 20 Jahre und länger hier leben, arbeiten, Steuern zahlen, ja sogar hier geboren wurden, immer noch gezielt und mit voller Absicht alle staatsbürgerlichen Rechte vorenthalten werden!

Umgekehrt bei der PDS: Den demokratischen SozialistInnen ist jede Marginalisierung, jedes An-den-Rand-Drücken von gesellschaftlichen Gruppen ein Dorn im Auge. Wir wollen, daß diese angeblichen „Randgruppen“ endlich aus ihrer Marginalisierung befreit werden, daß sie selbst aktiv werden, alle staatsbürgerlichen Rechte bekommen und diese auch wahrnehmen, sich aktiv einbringen und die Politik in dieser Gesellschaft mitgestalten können.

Daß sich in diesem Prozeß auch die politischen und parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in diesem Lande ändern, ist uns nur recht und geschieht im übrigen den anderen Parteien, vor allem dem konservativ-liberalen Parteienlager, das jede Reform des Staatsbürgerschaftsrechts blockiert, nur recht.

Damit freilich sich eine solche politische Entwicklung unter den Migrantinnen und Migranten vollzieht, muß sich auch die PDS noch etwas anstrengen. Sie muß insbesondere darauf achten, daß Betroffene, Sprecherinnen und Sprecher dieser Menschen, die die Sprache dieser Migrantinnen sprechen, ihre Geschichte



und Probleme kennen und ihr Vertrauen haben, von ihr gefördert und aufgestellt werden – bei den Wahlen zum Bundestag ebenso wie bei den Wahlen zum Europaparlament, den Länderparlamenten und den Kommunen.

Das ist aber nicht nur eine wahltaktische Aufgabe, sondern eine strategische. Denn von ihrer Zielsetzung als Partei des Demokratischen Sozialismus, von ihrem Einsatz für soziale Gerechtigkeit und Internationalismus her, als Partei der sozial Schwachen, muß die PDS daran interessiert sein, sich mit diesen armen, an den Rand gedrückten und rechtlosen Menschen zu verbinden, ihnen zu helfen und sich so fest unter ihnen zu verankern.

Die CDU sucht sich ihr Klientel in der Ausländerpolitik fast ausschließlich unter den ausländischen Akademikern und Gewerbetreibenden, die SPD wenn überhaupt, dann ebenfalls unter diesen Migranten sowie unter den wenigen Ausländern, die sich zum Facharbeiter und womöglich Gewerkschaftsfunktionär hocharbeiten konnten, die Grünen fast durchweg unter Akademikern. Ungefähr zwei Drittel der MigrantInnenbevölkerung werden damit von diesen Parteien überhaupt nicht angesprochen und auch nicht erreicht.

Von der sozialen Situation dieser Menschen her ist die PDS ihr schon beinahe „natürlicher“ Partner, ihre Partei – sie muß es aber auch sein wollen, und das heißt, sie muß zielstrebig darauf hinarbeiten und auf diese Menschen zugehen.

Auf diesem Weg hat die PDS bisher schon einiges geleistet – ihre Bemühungen für die Einbürgerung, für doppelte Staatsbürgerschaft, ihr Einsatz für die Flüchtlinge, gegen die hohe Arbeitslosigkeit und soziale Not von MigrantInnen und gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus sind unter den MigrantInnen in diesem Land bekannt und wurden auch in ihrer speziellen MigrantInnen-Presse positiv aufgenommen. Auf diesem Feld muß die PDS vor allem beharrlich weiterarbeiten. Sie sollte sich dabei auch nicht scheuen, zum Beispiel im Bundestagswahlkampf direkt in der Presse dieser MigrantInnen zu werben.

Auf diesem Weg können und müssen wir auch weitere glaubwürdige, den Zie-

len des demokratischen Sozialismus verpflichtete RepräsentantInnen der MigrantInnen finden und für die Mitarbeit in unserer Partei gewinnen können. Wir müssen diese Menschen weiter zielstrebig aufsuchen, mit ihnen sprechen, sie in unsere Arbeit einbeziehen und ihre Organisierung, ihre Selbsthilfe, ihren Widerstand aktiv fördern – in ihrem Alltag, als Partei für den Alltag, aber eben auch bei den kommenden Wahlen. Dann werden uns die MigrantInnen und Migranten auch ihr Vertrauen, sprich: ihre Stimme geben.

Giyasettin Sayan, ausländerpolitischer Sprecher der PDS-Abgeordnetenhausfraktion in Berlin

#### **Baden-Württemberg**

#### **Jetzt kann sich die PDS auf den Wahlkampf konzentrieren**

Am 4. Mai erklärten die Landessprecherin Ulrike Hintsches und der Landeschatzmeister Richard Pitterle den Rücktritt von ihren Vorstandssämttern und kündigten an, daß sie nicht mehr im Rahmen des Landesverbandes tätig sein wollen, sondern der PDS nur noch als Mitglieder beim Bundesvorstand angehören – wir hatten berichtet, daß die von ihnen favorisierte Kandidatin auf den Platz eins der Landesliste für die Bundestagswahl sich gegen den jetzigen Abgeordneten Winfried Wolf nicht durchsetzen konnte. Auf einer erweiterten Sitzung der Landesvorstands, zu der Vertreter der Basisorganisationen eingeladen waren, wurden die nötigen Schritte für die innerparteilichen Nachwahlen besprochen (eine Landesversammlung wird am 21. Juni stattfinden). Hauptthema war jedoch die Planung des Wahlkampfes. Auf Grundlage eines Vorschlags von Winfried Wolf wurden einzelne Schritte beraten und eingeleitet. Ein Wahlbüro zur Koordination auf Landesebene wurde gebildet. Auch wenn schon einige Zeit verloren ist, ermöglicht das Ende der jahrelangen quälenden innrparteilichen Streitigkeit der PDS in Baden-Württemberg jetzt hoffentlich einen schwungvollen Wahlkampf, mit dem sie nicht nur Stimmen für den 27. September, sondern auch viele neue Mitglieder gewinnen kann. alk

#### **Zwei Buchbesprechungen**

## **1999**

*– Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. u. 21. Jahrhunderts*

Wer regelmäßig eine Tageszeitung liest, wird des öfteren auf die „Goldraub-Debatte“ gestoßen sein, in der vornehmlich der Schweiz sowie schweizerischen Banken und Versicherungen vorgeworfen wird, während des Zweiten Weltkriegs von den Verbrechen des NS-Regimes profitiert zu haben, indem sie sich als Helfer für von den Nazis in überfallenen Staaten und von Opfern des Massenmordens geraubten Goldes betätigten oder Lebensversicherungen und Konten ermordeter Juden den Nachkommen nicht auszahlt, da kein „ordnungsgemäßer“ Totenschein vorliege. Diese international geführte Auseinandersetzung beschäftigt seit etwa zwei Jahren die höchsten politischen Gremien der Schweiz; mittlerweile scheinen diese Stellen sich darüber bewußt geworden zu sein, daß man erhebliche Zahlungen an Überlebende des Holocaust oder Nachkommen der von Deutschen Ermordeten zu leisten haben wird. Dennoch sträubt sich die Schweiz, über den wirklichen Umfang ihrer Geschäfte Auskunft zu geben. Immerhin sind verschiedene wissenschaftliche Kommissionen eingesetzt worden, die genau dies untersuchen und Einblick in die relevanten Akten erhalten sollen.

Etwas Licht in das Dunkel – oder besser Dickicht – der vielen Kommissionen, Transaktionen und Institutionen wirft die neue Ausgabe der Zeitschrift 1999, die von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts herausgegeben wird. Das Heft veröffentlicht mehrere Beiträge zum Thema, die neue Forschungsergebnisse präsentieren und Informationen liefern, die zum Verständnis der aktuellen Debatte beitragen. Zu letzteren Artikeln gehört die Sammelrezension von Mario König über eine Vielzahl neuer Bücher zum „Raubgold“, die häufig in ziemlicher Eile fertiggestellt wurden. Gerard Aalders berichtet von der ersten „Goldraubkonferenz“ im Frühjahr in London und stellt dabei die wichtigsten Institutionen und Kommissionen vor, die mit dem Thema befaßt sind.

Neue Forschungsergebnisse legt Hersch Fischler vor, der erstmals Archivalien einsehen konnte, die beweisen, daß – entgegen bisheriger Annahmen – das in den KZs geraubte Gold (z.B. den Leichen in Gaskammern Ermordeter ausgebrochene Goldzähne) nur zu einem sehr geringen Teil in der Schweiz landete, das Gros blieb in Deutschland. Gerard Aalders und Susanne Berger befassen sich mit den Transaktionen der schwedischen Familie Wallenberg – nicht allein Schweizer machten lukrative Geschäfte mit dem „Dritten Reich“, auch andere profitierten vom deutschen Eroberungs-

und Vernichtungskrieg. Aber dabei sollte nie vergessen werden, was die HerausgeberInnen der 1999 im Editorial schreiben: „Die Hauptverantwortlichen waren und bleiben die Deutschen.“

Ein ebenso komplexes wie typisches Beispiel für die deutschen Geschäfte in, mit und über die Schweiz liefert Shraga Elam, der über eine Tochterfirma der I.G. Farbenindustrie in der Schweiz schreibt: die I.G. Chemie (später Interhandel). Ihr wurden die Millionewerte der I.G. Farben in den USA überschrieben. Um Enteignungen vorzubeugen, mußte die I.G. Chemie verschleiern, welches ihr Mutterhaus war – dies war einer der Wege, auf denen deutsche Konzerne auch während des Krieges international tätig bleiben konnten. Zwar wurden die Vermögen in den USA 1942 blockiert, aber nicht enteignet. Nach dem Krieg konnte die neue Besitzerin der Interhandel, die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG), immerhin die Hälfte der Erlöse aus dem Börsenverkauf an sich bringen – 515 Millionen Franken. Staatliche Schweizer Stellen unterstützten die Interhandel/SBG bei den hierfür nötigen Tarn- und Täuschungsmanövern tatkräftig.

Weitere Beiträge in dem Heft (neben einem ausführlichen Rezensionsteil): Dokumente zu Ludwig Erhards Rolle beim Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanning (Karl Heinz Roth), Frauen in der israelischen Friedensbewegung (Uta Klein), Nachruf auf Jürgen Kuczynski (Jan Peters) und Widerstandsmythos im besetzten Polen in der Geschichtsschreibung (Klaus-Peter Friedrich). Der letztgenannte Beitrag handelt von (polnischen) Profiteuren der Beraubung der Juden, von der Unterstützung der Besatzer aus antisemitischer und antikommunistischer Haltung und von der „Deutschen Volksliste“. Auch in Polen haben sich Geschichtsmythen etabliert, nach denen nur wenige PolInnen mit den Deutschen kolaboriert hätten und kaum an Verbrechen beteiligt gewesen seien. Ein Irrtum. Bereits 1942 hielt eine katholische Widerstandsgruppe fest, daß die Bevölkerung vielerorts freiwillig an Massakern teilgenommen habe.

Für Linke hat Geschichtsschreibung von jeher einen hohen Stellenwert („historischer, dialektischer Materialismus“), weil eine Gesellschaft nur richtig aus ihrem geschichtlichen Werden begriffen werden kann und erst der historische Blickwinkel die Möglichkeiten, die in der Zukunft liegen, zu erschließen vermag. In diesem Sinne ist 1999 nicht nur HistorikerInnen zu empfehlen. Sie erscheint im inzwischen 13. Jahrgang zweimal im Jahr mit bis zu 256 Seiten, kostet als Einzelheft 35 DM und im Jahresabo 60 DM.

F, aus: *Lokalberichte Hamburg*

Bezugsadresse: Verlag Peter Lang AG, Jupiterstr. 15, CH-3000 Bern 15.

**Schweizer Ärzteteam als Freiwillige bei Titos Partisanen**

# Chirurgen im Partisanen-lazarett

Von Franz-Karl Hitze

Sie operierten von Granaten zerfetzte Leiber, von Minen zertrümmerte Füße, Knie oder von Handgranaten verstümmelte Arme, Beine und Gesichter, vereiterte Blinddarmer oder durchschossene Nervenstränge. Sie nutzten ihre Künste als Chirurgen, oft ohne ausreichende Narkotika oder Verbandstoffe, rund um die Uhr, bis zur physischen Erschöpfung, hungrig und frierend wie ihre Patienten. Sie wuchsen über sich hinaus. Ihre Behandlungsräume waren oft primitive montenegrinische Bauernkaten im Durmitor-Gebirge, der offene Wald oder Landflächen von Lastkraftwagen. Erst am Ende des Krieges fanden sie modern eingerichtete Krankenhäuser, wie das der deutschen Luftwaffe in Pan'cevo. Es war nur von Okkupanten panikartig verlassen worden.

Paul Parin (geb. 1916), Neurologe und Psychoanalytiker, hat mit fünfundvierzigjähriger Verspätung seine Erinnerungen von einem freiwilligen Einsatz von sieben Schweizer Ärzten bei Titos Partisanen 1944–1946 schon 1990 aufgeschrieben. Voriges Jahr hat er das Buch überarbeitet und mit aktuellen Kommentaren versehen, die seine antifaschistische Haltung dokumentieren.

Zu einer Zeit, als Schweizer Banken Gelder jüdischer Flüchtlinge deponierten und Gold „verwerteten“, das von den deutschen Faschisten geraubt worden war, Hitlers Kriegswirtschaft beträchtliche Hilfe leisteten, waren es Paul Parin und seine Frau „Goldy“ und fünf andere Zürcher Chirurgen, die sich im Herbst 1944 auf den Weg nach Jugoslawien machten, um ihre „sozialistischen Utopien“ zu verwirklichen. Paris Frau hatte bereits am Freiheitskampf der Spanischen Republik teilgenommen. Ausführlich schildert Paris, wie er Elio Canevacini (1913), einen bedeutenden Traumologen, Hannes Merbeck (1906–1981), einen Orthopäden, Marc Oltramre (1915), August Malthey-Guest (1913), auch „Gustl“ genannt, und Guido Pidermann (1911–1989) für die Hilfsmission in Jugoslawien begeisterte. Alle waren damals so um die dreißig, jung, gesund und von revolutionärem Elan besessen. Mit Hilfe ihrer Organisation der CSS – Schweizer Ärzte- und Sanitätshilfe (Centrale Sanitaire Suisse) – gelang ihr Vorhaben. Mit umfangreichem chirurgischen Besteck, gültigen Papieren und der Freigabe durch

die militärischen Dienststellen reisten sie nach Jugoslawien, nicht ohne Hilfe der US-amerikanischen Invasionstruppen, französischer Patrioten und italienischer Eisenbahner. Die Navy setzte sich nachts über die Adria und landete im montenegrinischen Grumno.

Parin schildert in vielen kleinen Episoden – oft aus der Sicht der neunziger Jahre – das schwere Leben in den montenegrinischen Wäldern und Bergen. Anfängliche Verständigungsschwierigkeiten mit den Verwundeten oder dem Hilfspersonal führten oft zu Mißverständnissen und komplizierten Situationen. Auch Mißtrauen hemmte da und dort die Arbeit der Ärzte.

In den 18 Kapiteln des Buches macht Parin keinen Hehl aus seinen politischen Auffassungen, seiner Ablehnung zentralistischer Methoden und unverständlicher Befehle. So ist sehr amüsant eine „Partisanenhochzeit“ (S. 153) geschildert. Obwohl jedwede „Liebesbeziehung, erotische oder sexuelle Beziehungen unter Kämpferinnen und Kämpfern“ vom obersten Stab verboten worden waren, wurde dieses Tabu ausgerechnet von einem Schweizer Arzt durchbrochen. Guido und die schöne dalmatinische Krankenschwester Chela verliebten sich – und heirateten mit Genehmigung des Partisanen-Kommissars.

Die Schweizer Equipe verließ 1946 wieder Jugoslawien, nicht ohne größte politische Bedenken wegen der seinerzeitigen „stalinistischen Entwicklung“ im Lande. Jedoch nicht in „Bitterkeit oder Enttäuschung“. „Es ist der beste Teil unseres Lebens geblieben, soziale und menschliche Verhältnisse mit der Neugier des Forschers zu durchleuchten ... Solidarität mit Gleichgesinnten genießend ...“ Davon lebt und atmet das Buch.

**Paul Parin: „Es ist Krieg und wir gehen hin“, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 1997, eva-Taschenbuch, 286 S., DM 25,-**

Heinz Kühnrich  
Franz-Karl Hitze

## Deutsche bei Titos Partisanen 1941–1945



Franz-Karl Hitze ist Mitautor des im GNN-Verlag erschienenen Buches „Deutsche bei Titos Partisanen 1941–1945“

17./19. Mai: CDU-Bundestagswahlparteitag in Bremen

22. bis- 23. Mai: CSU-Parteiausschuß (kl. Parteitag) in Ingolstadt. Die CSU will von dort ein Dokument „Bayern und Deutschland kein Einwanderungsland“ in Umlauf bringen

22./23. Mai: Kongreß „Renaissance der Grundrechte“ in München. Bestandsaufnahme des Abbaus der Grundrechte und Planung gemeinsamer Aktivitäten. Bisher an der Vorbereitung beteiligt: IAF, Pro Asyl, Humanistische Union, Humanistische Bewegung, Bündnis 90/Die Grünen, Bayer. Flüchtlingsrat, VDJ, Neue RichterInnen Vereinigung, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Arbeiterwohlfahrt.

Infos über Büro MdEP Claudia Roth, Tel. 0228/1687939.

22. - 26. Mai: Nordatlantische Versammlung (Frühjahrstagung), Barcelona

22./24. Mai: DKP-Parteitag in Hannover

29.-31. Mai: Peace Congress Osnabrück 98, Vom Westfälischen Frieden zu einem friedensstiftenden Europa. Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigererkongreß. Infos unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax: 26 06 80.

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf

13./14. Juni: Bundestreffen der AG Betriebe und Gewerkschaften der PDS in NRW

13./14. Juni: Bundeskongreß der VVN-BdA in Braunschweig, Motto: „Zukunft Antifaschismus“. Infos bei der Bundesgeschäftsstelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.

26. bis 28. Juni: Bundesparteitag der FDP, Leipzig

28. August: CSU-Parteitag in München

13. September: Landtagswahl in Bayern

17./19. 9. a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

10./11. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

23. bis 25. Oktober: JU-Deutschlandtag in Weiden

24.-29. Oktober: HBV-Gewerkschaftstag in Bremen und IG-Medien-Gewerkschaftstag in Würzburg

ADRESSE AUFKLEBER

## Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK**  
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**Regionales West und Ost:** Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

**Aus Betrieben und Gewerkschaften:** Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten:** Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

**Vierteljährliche Beilage:** Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb-  Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb-  Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb-  Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb-  Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. .....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

**Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart**

Aktionsbündnisse von Arbeitslosen, GewerkschafterInnen, Studierenden, Basisgruppen, Kircheninitiativen und den TrägerInnen der Erfurter Erklärung rufen auf zur

# Großdemonstration

am 20. Juni 1998 in Berlin

Es kommt etwas in Bewegung in Deutschland. Arbeitslose finden sich nicht mehr damit ab, ausgrenzt zu werden, sondern beginnen, selber zu handeln. Gewerkschaften mischen sich wieder in die Politik ein, weil sie sich ihre erkämpften Rechte nicht länger zerstören lassen wollen, während die Gewinne der Kapitalbesitzer explodieren. Proteste richten sich gegen Bildungs- und Kulturbau, gegen Eingriffe in den Umweltschutz, gegen die Demontage der Sozialversicherung. Die Kirchen erinnern sich ihrer vorrangigen "Option für die Armen" und mahnen in ihrem gemeinsamen Sozialwort "Solidarität und Gerechtigkeit" an. Viele sagen: "Bis hierher und nicht weiter", wie es die ERFURTER ERKLÄRUNG 1997 formulierte. Seit mehr als 15 Jahren betreibt die kapitalistische Koalition in Bonn den Abbau der sozialen Demokratie, und sie missbraucht die deutsche Einheit zu verstärkter Umverteilung von unten nach oben. Aber nun platzen die Versprechungen. Die Einsicht wächst, daß ihre Politik uns und die nachkommenden Generationen mit untragbaren ökonomischen und ökologischen Folgekosten belastet:

• Statt 7 Millionen Arbeitssuchenden Möglichkeiten zu sinnvoller Arbeit für das Gemeinwohl zu geben, treibt die verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit.

• Statt die im Grundgesetz garantierte Sozialpflichtigkeit des Eigentums national und international durchzusetzen, spaltet diese Politik die Gesellschaft: Chancen, Einkommen und Vermögen werden extrem ungleich verteilt. Den Beachteligen und Behinderten werden die Sozialleistungen gekürzt oder sogar gestrichen. Inzwischen lebt jedes dritte Kind von Sozialhilfe. Perspektiven schwinden, Existenzängste wachsen.

• Statt die BürgerInnen an Entscheidungen stärker zu beteiligen, werden die Grundrechte zunehmend eingeschränkt. Von den Ursachen der sozialen Misere lenkt die Bundesregierung ab, indem sie die Opfer und Betroffene gegeneinander ausspielt. Arbeitslose und Erwerbstätige, Ost- und Westdeutsche, Frauen und Männer, Junge und Alte, Deutsche und Ausländer. Vor allem Flüchtlinge werden zu Sündenböcken gemacht.

*So muß es nicht weitergehen! - So darf es nicht weitergehen! (...) Wir fordern:* • • Neue, gerechte Verteilung der Arbeit (...) • Soziale und ökologische Steuerreform (...) • Gleiche Bildungschancen (...) • Demokratie, (...) • Eine neue Friedenspolitik und eine neue Weltwirtschaftsordnung (...)

Ein neuer Kanzler genügt nicht! Wir wollen eine neue Politik! • Schluß mit der Selbstdemachtung der Politik zugunsten der Wirtschaft! • Schluß mit der Mißachtung der Lebensinteressen der Menschen zugunsten des Profits! • Schluß mit der Diskriminierung durch Armut! • Schluß mit dem Abbau demokratischer Rechte! • (...) Tretet heraus aus der Zuschauerdemokratie! - Kommt zur bundesweiten Großdemonstration am 20. Juni 1998 in Berlin